

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 1.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgelassene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 295.

Montag, den 17. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Friedensverhandlungen mit Rußland.

Das Privateigentum am Boden.

Nie haben die Volksmassen das Wesen und die Wirkungen des Privateigentums am Grund und Boden so deutlich erkennen können wie jetzt. Die Mittelmächte sind zu einer riesigen belagerten Festung geworden, der alle Zufuhr gesperrt ist. Alle gesunden Männer, die in dieser Riesenfestung wohnen, führen die Waffen und wagen Leib und Leben, die Feste gegen den äußeren Feind zu verteidigen; und die Wehrfähigen, die zu Hause geblieben sind, arbeiten vom frühen Morgen bis zum späten Abend, den kämpfenden Wehr und Waffen zu schaffen. Das ganze Volk führt den Krieg; was natürlicher, als daß auch das ganze Volk die fargen, allzu fargen Lebensmittelvorräte unter sich teilt, die in der vom Feind umschlossenen Burg vorhanden sind? Da jedermann unmittelbar oder mittelbar an der Verteidigung des Ganzen teilnimmt, müßte jedermann auch gleichen Anteil haben an den Vorräten, über die das Ganze verfügt. Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fett — sie müßten in einen gemeinsamen Speisekammer wandern, damit aus ihm einem jeden die gleiche Ration zugeteilt werde. Das aber ist unmöglich; unmöglich, weil eben das Privateigentum am Grund und Boden besteht. Der Boden trägt die Früchte nicht der Gesamtheit, sondern dem Privatmann, der als Eigentümer im Grundbuch steht, und der Eigentümer schaltet mit ihnen nach seinem Belieben. Er behält vorerst sich und den Seinen vor, was er zu verbrauchen wünscht; er verkauft weiter einen großen Teil seiner Ernte zu Wucherpreisen den Reichsten; und nur der Rest wandert in die Speicher der Zentralen, die ihn zu den vom Staate festgesetzten Preisen dem Volke zuteilen. Die staatlichen Polizeivorschriften, die dieses Verfahren verhindern sollen, sind unwirksam; wie könnte der Staat die Wirtschaft zehntausender Landgüter wirksam überwachen? Das sozialistische Prinzip der gleichen Zuteilung an alle läßt sich nicht aufspießen auf die kapitalistische Einrichtung des privaten Grundeigentums. Die Grundeigentümer leben üppiger denn je, die Reichsten kaufen zu Wucherpreisen so viel als sie brauchen, und für das Volk bleibt nicht genug übrig, den Hunger zu stillen — das ist die unvermeidliche Wirkung des Privateigentums am Grund und Boden.

Die Zufuhr von außen ist uns gesperrt. Und so müßten wir denn darauf bedacht sein, aus unserem Boden hervorzubringen, was wir brauchen. Was wäre natürlicher, als daß das Gemeinwesen feststellte, was wir anbauen müssen, um alle Bedürfnisse möglichst gleichmäßig zu befriedigen, daß der Staat, der allein feststellen kann, was die Gesamtheit braucht, genau vorschreibe, wieviel Land mit Brotfrüchten, wieviel mit Futterpflanzen, wieviel mit Kartoffeln, Zuckerrüben, Gemüse, Ölgewächsen und so weiter bebaut werden sollen. Aber der Boden ist Privateigentum und mit seinem Eigentum kann jeder schalten, wie es ihm beliebt. Der Grundeigentümer kann auf seinem Boden anbauen, was er will; mag die Gesamtheit noch so dringend Zuckerrüben oder Ölpflanzen brauchen, so wird der Landwirt sie doch nicht anbauen, wenn andere Pflanzen ihm höheren Profit versprechen. Und will der Staat die Grundeigentümer dennoch bewegen, eine Pflanze anzubauen, die die Gesamtheit dringend braucht, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als dem Grundeigentümer wahre Wucherpreise für die Frucht zu bewilligen, damit der hohe Preis den Grundeigentümer zu ihrem Anbau verleide. So kann denn der Bedarf an vielen Agrarprodukten nicht anders gedeckt werden als zu wahnwitzig hohen Preisen, zu Preisen, die nur den Reichsten erschwinglich sind. Auch das ist eine unvermeidliche Wirkung des Privateigentums am Grund und Boden.

Es hat Zeiten gegeben, in denen der Boden Eigentum des Volkes, jeder Familie ein Anteil an dem gemeinsamen Boden zur Nutzung zugeteilt war und jede Familie selbst das Korn gesät und geerntet hat, das sie ernährte. Aber eine ganze Reihe gewaltiger wirtschaftlicher, sozialer und technischer Umwälzungen hat die Volksmassen von der Scholle losgerissen. Während Fürsten und Grafen, große Kirchenfürsten und reichgewordene Kapitalisten ganze Herzogtümer ihr eigen nennen, hat der Arbeiter kein Stückchen Landes, auf dem er auch nur ein paar Krautköpfe oder einen Saß Kartoffeln ernten könnte, keinen Anteil an der Nutzung der Flächen, auf denen das Korn wächst, das ihn ernährt. Heute führt der Arbeiter Tag für Tag, was es bedeutet, von dem Boden, der das Brot aller hervorbringt, ausgeschlossen zu sein; heute führt er, was es bedeutet, daß er zu seinem Brot nicht anders gelangen kann als durch den Kauf der Brotfrucht, die fremder Boden trägt. Die Kriegswirtschaft ist ein ungeheurer Lehrkurs über die Wirkungen des Privateigentums am Grund und Boden.

Aber gerade in dem Augenblick, in dem sich die gesellschaftlichen Wirkungen des Bodenmonopols in fürchterlicher Anschaulichkeit offenbaren, ist das Bodenmonopol in dem größten Lande Europas gefallen. Das Dekret der russischen Arbeiterregierung hat das Privateigentum des Adels, der Kirche und der Kapitalisten an Grund und Boden aufge-

Die Verhandlungen mit Rußland, die von der ganzen Welt mit lebhafter Spannung verfolgt wurden, sind einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen. Am Sonnabend ist in Brest-Litowsk der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden. Er begann mit dem heutigen Montag mittag und gilt bis zum 14. Januar 1918. Wird er bis dahin nicht mit einer sieben-tägigen Frist gekündigt, dann läuft er automatisch weiter. Mit dem Abschluß des Vertrages beginnen nunmehr die

Friedensverhandlungen.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß es von dem Verlauf und dem Ausgang dieser Verhandlungen abhängt, ob die Welt baldigst von dem entsetzlichen Norden befreit sein soll. Denn kommt es zum Frieden mit Rußland, dann werden auch die andern Mächte trotz aller kriegerischen Neben ihrer Staatsmänner gezwungen sein, sich dem Friedenswillen ihrer Väter zu fügen. Vom Osten her winkt uns also ein Lichtstrahl des Friedens; möchte ihm bald die volle Friedenssonne folgen!

WZ. Großes Hauptquartier, 16. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Schloßpark von Pozelehoel haben wir unsere Linien nach Abwehr eines feindlichen Teilangriffes vorgezogen und Gefangene gemacht.

Lebhafte Artillerietätigkeit von der Scarpe bis zur Dije; bei Monchy und Südwestlich von Cambrai nahm sie erhebliche Stärke an. Englische Vorstöße bei Cambrai und Bullecourt scheiterten.

In Erkundungsgesichten an vielen Stellen der französischen Front wurden Gefangene eingebracht.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

In Brest-Litowsk ist am 15. Dezember von Sr. Königl. Hoheit dem Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern und Vertretern der verbündeten Mächte ein Waffenstillstandsvertrag mit Rußland für die Dauer von 28 Tagen, gültig vom 17. Dezember 12 Uhr mittags ab, unterzeichnet worden.

Mazedonische Front.

Kege Tätigkeit der Engländer zwischen Bardar und Doiran-See.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Erweiterung ihrer Erfolge haben österreichisch-ungarische Truppen italienische Stellungen südlich vom Col Caprille erklümt und mehrere hundert Mann, darunter 19 Offiziere, gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Budendorff.

(Amtlich.) Von den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung einerseits und den Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei andererseits ist am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember mittags und gilt bis zum 14. Januar 1918. Falls er nicht mit sieben-tägiger Frist gekündigt wird, dauert er automatisch weiter. Er erstreckt sich auf alle Land-, Luft- und Seestreitkräfte der gemeinsamen Fronten.

Nach Artikel 9 des Vertrages begannen nunmehr im Anschluß an die Unterzeichnung des Waffenstillstandes die Verhandlungen über den Frieden.

Petersburg, 15. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Tschersakow hat in Jockani zwischen der rumänischen Armee und den deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Armeen einen vorläufigen Waffenstillstand abgeschlossen.

Petersburg, 16. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Rußland und Deutschland haben einen Waffenstillstand abgeschlossen.

haben, den Boden zum gemeinsamen Eigentum des Volkes erklärt, das Recht aller auf die Bodennutzung proklamiert. Die Arbeitermassen West- und Mitteleuropas, die die Wirkungen des privaten Grundeigentums tagtäglich bei jeder Mahlzeit fühlen, erfahren heute, daß das private Grundeigentum in ganz Osteuropa, in dem ganzen Riesengebiet von Minsk bis Wladiwostok, von Archangelst bis Baku gefallen ist für immer.

Der Kampf um den Boden ist die Geheimgeschichte der russischen Revolution. In den Sechzigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts hat der russische Adel die Aufhebung der Leibeigenschaft durch Alexander II., den „Zar-Befreier“, zu ungeheurerlichem Bodenraub mißbraucht. Der Bauer wurde von der Fronpflicht befreit, aber dafür mußte er ein Drittel seines Bodens dem Grundherrn abtreten. Nie hat

der russische Bauer diesen Bodenraub vergessen. Die Lösung „Land und Freiheit“, die die Revolutionäre seit den Sechzigerjahren in die häuerlichen Massen warfen, drückte die stärkste Sehnsucht des russischen Landvolkes aus. Und die Bauern wollten den Grundherren den Boden nicht etwa zum Zwecke entwenden, um ihn als freies Eigentum unter sich zu verteilen. Denn in dem größten Teile Rußlands gibt es für die Bauern kein Privateigentum am Boden; das Bauerland gehört dort von alters her nicht den einzelnen Bauern, sondern der Bauerngemeinde, dem Mir, und diese teilt ihn den einzelnen Familien nach ihrer Kopfzahl immer nur für eine Reihe von Jahren und immer nur zur Nutzung, nicht als freies Erb und Eigen zu. Das Gemeineigentum am Boden ist also dem russischen Bauern eine überlieferte, wohlvertraute Einrichtung. So war denn die Sehnsucht der russischen Bauern stets, den Boden der Grundherren nicht aufzugeben, sondern der Bauerngemeinden wiederzugeben, ihn zum Gemeineigentum zu machen. Dieses alte Ziel ist jetzt durch das Dekret der proletarischen Regierung erreicht. Der Boden, der bisher Privateigentum der Grundherren war, ist jetzt Gemeineigentum des Volkes, und jede Bauern-, jede Arbeiterfamilie darf ihren Anteil an seiner Nutzung heischen!

In allen Ländern hat einmal das Gemeineigentum am Boden bestanden. Aber in West- und Mitteleuropa ist es längst verschwunden. Im größten Teile Rußlands dagegen lebt das Gemeineigentum am Bauerland noch fort und nur die Ländereien der Herren sind Privateigentum gewesen. Darum vollzieht sich die Sozialisierung des Bodens in Rußland früher und leichter als anderswo; wo ein großer Teil des Bodens noch Gemeineigentum war, konnte es nicht als hoffnungsloser Traum erscheinen, auch den Rest des Bodens zum Gemeinbesitz des Volkes zu machen. In West- und Mitteleuropa, wo der Bodenkommunismus schon vor Jahrhunderten untergegangen ist, wird die Sozialisierung des Bodens schwerer durchzuführen sein und sie wird sich in ganz anderen Formen vollziehen müssen. Aber auch hier wird das russische Beispiel mächtig einwirken. Wenn das Privateigentum der russischen Grundherren fällt, werden sich die rumänischen Bojaren, die polnischen Gutsbesitzer, die ungarischen Magnaten in ihrem Besitz wenig ficher fühlen. In Deutschland, in Oesterreich, in England, wo überall die Volksmasse heute die Wirkungen des Bodenmonopols so fürchterlich schwer trägt, wird die Frage aufgeworfen werden, ob der Boden wirklich nur dazu da ist, preußischen Junkern, böhmischen Feudalen, englischen Lords fette Renten zu tragen oder ob er nicht des ganzen Volkes heiligstes Erbe, unveräußerliches Eigentum ist.

Als die französische Revolution in der berühmten Augustnacht von 1789 die Feudalrechte aufhob, war dem Feudalismus in ganz Europa der tödliche Hieb versetzt. In den folgenden Jahrzehnten sind Fronarbeit und Zehent in ganz Europa gefallen. Das Novemberdekret der russischen Arbeiterregierung wird nicht weniger gemaltig wirken als die Augustbeschlüsse der französischen Nationalversammlung. Hat der Sturm aus dem Westen die Feudalrechte überall gerümmert, so wird der Sturm aus dem Osten das private Großgrundeigentum überall niederreißen. Das Zeitalter der Sozialisierung des Grundeigentums beginnt! Der Kampf um den Boden wird in aller Welt der Kampf der nächsten Jahrzehnte sein!

Der Krieg ist unternommen worden, um fremde Völker zu knechten und fremde Länder zu erobern. Aber die Schrecken des Krieges haben die russische Revolution ausgelöst. Die politische Revolution wird zu sozialer Umwälzung. Die herrschenden Klassen werden sich der Früchte des Krieges nicht freuen. Der Krieg, der fremde Länder knechten sollte, weckt in allen Völkern den Willen, sich von der Kapitalknechtschaft zu befreien. Der Krieg, der zur Erwerbung fremder Länder führen sollte, füllt alle Völker mit der Entschlossenheit, sich den eigenen Boden zu erobern.

Der Krieg gegen die Verständigung.

Gefahr ist nicht der äußerste Pazifist, ich fürchte ihn nicht; aber ich rate der Nation, vor einem Manne auf der Hut zu sein, der glaubt, daß es ein Mittelweg zwischen Sieg und Niederlage gebe. Es gibt kein Mittelweg zwischen Sieg und Niederlage.

In diesem Sage tipfelt Lloyd Georges jüngste Londoner Bankettrede. Durch Reuters Depeschendienst über den ganzen Erdball verbreitet, soll sie den unergründlichen Willen Englands bekunden, daß dieser Krieg nicht anders als mit einer Niederlage Deutschlands enden darf. Etwas anderes war von der heutigen englischen Regierung nicht zu erwarten. Ueberraschen kann höchstens die Art, wie sie mit der durch den bekannten Brief Lansdownes geklaffenden Lücke umspringt. Lloyd George leistet sich das Bravourstück, die Wirkung dieses Briefes als ein „Mißverständnis“ hinstellen. Er sagte:

Kürzlich antwortete ein hochangehender Edelmann, der dem Staat in vielen Zweigen ausgezeichnete Dienste leistete, der Nation durch einen Brief, der eine sehr beträchtliche Berücksichtigung bei denen hervorrief, deren Hauptfrage es ist, daß der Krieg mit einem dauernden Frieden und nicht mit einer erniedrigenden Niederlage enden möge. Ich weiß sehr, daß alle unsere Befürworter bezüglich des Briefes grundlos waren, daß Lansdowne durchweg in vollem Einklang mit Wilson war und genau das selbe sagen wollte, wie der Präsident in seiner kürzlichen großen Rede im Kongress. Wie die Regierung sich in voller Uebereinstimmung mit dieser Rede befindet, so ist es auch wohl zweifellos die englische Nation, und da auch Lansdownes Brief erklärte, daß er mit ihr übereinstimme, nehme ich an, daß die Auslegung, die sich in Lansdownes Brief befand, nicht nur bei den strengen Anhängern der Sache der Alliierten, sondern auch bei ihren Gegnern in unserem Lande, in Amerika, Frankreich und auch in Deutschland und Oesterreich nicht im geringsten dem entsprach, was Lansdowne auszusprechen wünschte. Ich wünsche keinen Streit hervorzurufen, wenn ein solcher besteht. Lansdowne wollte einfach das selbe sagen, wie Wilson, und es ist ein großes Unglück, daß er diese Absicht nicht ausführte. Ich war auf der Pariser Konferenz der Alliierten, als der Brief erschien. Er wurde dort mit schmerzlicher Befürzung aufgenommen. Indessen ist es befreitend, zu wissen, daß Lansdowne sowohl von seinen Freunden wie von den Kritikern mißverstanden worden ist, und daß das ganze Gewicht seines Ansehens und Einflusses für die Durchsetzung der Wilsonschen Politik in Betracht kommt.

Nachdem sich die erste Bestürzung über Lansdownes Brief gelegt, hat man also glücklich entdeckt, daß auch dieser Lord nur das gleiche Ziel verfolgte wie die gesamte englische Oberschicht und ihr großer Schutzpatron in Amerika. Vor Fische las man's anders. Doch das ist nur ausgemischt, und Lord George kann seine Donnerrede weiter gegen die „rührige Minorität“ im Lande“ schleudern, die das Land zu einem „vorzeitigen Unterwerfungsfrieden“ zwingen will. Wer ist diese Minorität? Daß es nicht nur jene „äußersten Pazifisten“ sind, an denen es in England wie anderswo seit Kriegsbeginn nicht mangelt, gibt Lord George selbst zu. Die fürchtet er nicht. Ihre harmlos-kanakische Friedensschwärmerei ist seiner Kriegspolitik nicht gefährlich. Aber das Mittelstück zwischen Sieg und Niederlage“ nämlich der Verständigungsfrieden, ist es, was ihm große Sorgen bereitet. Und dazu liegt nach der Haltung, die neuerdings die englische Arbeiterklasse einnimmt, Grund genug vor. Die englische Arbeiterklasse verlangt zu wissen, warum der Krieg trotz aller Festschlüsse und trotz der Unklarheit seiner Ziele noch immer fortgesetzt wird. Auf sie jagte Lord George wohl in erster Linie einzuwirken, wenn er aufs neue den Sieg Englands als unerlässliche Vorbedingung dafür hinstellte, daß der kommende Frieden ein dauernder werde. Mit welchem Gesicht er dabei verfährt, zeigt folgende Stelle seiner Rede:

Es gibt Leute, die glauben, sie könnten den Krieg jetzt durch eine Art sogenannten Friedensvertrag beenden, durch die Errichtung einer Liga der Nationen, mit einem Schiedsgericht, Abrüstung und feierlichem Retirade zwischen allen Nationen dergestalt, daß diese ihr nicht nur selbst beizulegen, sondern ihn auch durchsetzen gegen jede Nation die es wagt, ihn zu brechen. Das ist die richtige Politik nach dem Sieg, aber ohne Sieg wäre es eine Fiktion. Warum traten wir in den Krieg ein? Weil ein feierlicher Vertrag als festes Papier behandelt wurde. Wer würde jetzt den Vertrag unterzeichnen? Vermutlich unter anderem das Volk, das den Krieg brachte. Wer würde einen neuen Vertrag durchsetzen? Vermutlich die Nationen, denen es nicht glückt, den Krieg durchzusetzen. Den Krieg, der begonnen wurde, um einen Vertrag durchzusetzen, ohne Entschädigung für den Vertragsbruch zu beenden, sondern nur durch Abschluß eines nachträglichen Vertrages, das wäre in der Tat eine Fiktion. Wir hätten es nicht durch bloße Worte von der Liga der Nationen, Abrüstung, Schiedsgericht und Sicherheit missteilen lassen. Das sind alles schöne, große Redensarten. Aber ohne die heilende Kraft des Sieges bleiben sie nichts als Worte. Wir hätten niemals in den Krieg eintritten, wenn wir die Aufgabe nicht unter allen Umständen durchzuführen wollten.

Und dann fuhr Lord George fort, die Deutschen als Verbrecher zu schmähen, die Mord, Brandstiftung, Raub, Einbruch, Betrug und Seeräub verübt hätten. Solchen Uebelthätern solle man jetzt die Hände reichen, um wieder Handel mit ihnen zu treiben? Es solle nicht einmal verlangt werden, daß sie den angerichteten Schanden wieder gutmachen oder daß sie sich entschuldigen? Ein solcher Frieden würde freilich von den Deutschen gern angenommen werden, um so mehr, als sie dann ja einige der reichsten Provinzen und schönsten Städte Russlands in ihren Taschen behalten würden.

Man merkt, worauf Lord George seine Kriegsbegehrtheit auf die Unklarheit, in der die deutsche Regierung die Welt noch immer über ihre Kriegsziele läßt. Gewiß haben die leitenden Staatsmänner Deutschlands und Oesterreich-Ungarns wiederholt und feierlich versichert, daß sie keine Vergewaltigung fremder Nationen anstreben und in der russischen Friedensformel kein Hindernis für Verhandlungen erblickten. Sie haben das letztere schon durch die Tat bewiesen. Aber genügt das, um einer so hohen Verdrängung, wie sie der englische Premierminister jetzt wieder ausstrahlt, den Boden zu entziehen? Es genügt um so weniger, als die Glaubwürdigkeit der Erklärungen unserer Staatsmänner tagtäglich erschüttert wird durch die von einflussreichen Stellen geforderte Anzeigepolitik. Und ganz besonders verhängnisvoll wirkt, was neuerdings von amerikanischen Organen offen behauptet werden darf, daß nämlich die militärischen Befehlshaber die Friedensbemühungen der politischen Reichsleitung durchkreuzt hätten.

Es handelt sich dabei um die erst jetzt durch Veröffentlichung russischer Geheimdokumente enthüllte Tatsache, daß im September dieses Jahres eine Friedensverhandlung zwischen England und Deutschland angebahnt war, die jedoch infolge gegenseitigen Mißtrauens scheiterte. Wir gaben an anderer Stelle den Bericht über diesen Vorfall wieder, an dem das Auffällige ist, daß er vor den Weltmächten geheimgehalten wurde. Die Diplomaten, die doch sonst nicht müde werden, sich die Schuld an der Fortsetzung des Krieges gegenseitig anzuhängen, müssen es in diesem Falle losgelassen als Schande empfinden haben, daß sie einmal etwas für die Verständigung des Krieges unternommen hätten. Unerlässliche Mütter geben aber der Sache noch eine andere Deutung. Danach scheiterte die Verständigungsektion an dem Widerstand der deutschen Heeresleitung, die auch im Kontrat gegen das von Staatssekretär Kühmann eingeleitete Vorgehen gesinnt hätte. Solche Dinge wird sich die öffentliche Meinung aus den Fingern lassen. Sie bedürfen dringend der Aufklärung. Sie erschüttern aber auch dringend eine andere Angelegenheit der Friedensverhandlungen. Wenn der Heeresleitung die fraglichen Dinge der Diplomatie nicht geblieben — was keine Gewähr für ihre Länge nicht. Wenn leitende Stellen in deutschen Reichs-Exekutivorganen haben, ist es immer noch besser, sie offen auszusprechen, als sie zu verheimlichen und es der „Reichslandspartei“ zu überlassen, dafür Propaganda zu treiben, die dann wiederum den Staatsmännern der rivalisierenden Länder dazu dient, ihren Vätern das

deutsche Kriegsziel als ein Hindernis hinzustellen, das jede Verständigung unmöglich mache, und nur durch den Krieg bis ans Ende überwunden werden könnte. Die neueste Rede Lord Georges beweist, daß dieser Grundfehler der deutschen Politik von unseren bittersten Gegnern immer wieder ausgehört wird, den Krieg in die Länge zu ziehen und die günstigen Wirkungen zu zerstören, die der offenkundige Verständigungswille des deutschen Volkes im Verein mit seiner unbegrenzten Verteidigungskraft allmählich in aller Welt ausgeht hat.

Lord George hat natürlich auch nicht unterlassen, die Verbündeten Englands mit neuen Versprechungen zu trösten. Und sein Rattenfängerlied enthält Strophen, die darauf berechnet sind, sogar Russland, das er im Grunde seines Herzens verfluchen mag, aufs neue zu betören.

Wir leben nicht in der glückseligsten Stunde, sagte er. Russland droht, sich vom Kreise zurückzuziehen. Die französische Demokratie, die in die Schranken dieses Krieges gestürzt ist, weiß sie ihrem Russland verständeten Worte treu blieb, ist sich selbst überlassen. Ich will den Ernst dieser Lage keineswegs verkleinern. Wäre Russland instand gewesen, in diesem Jahre seine Kraft zur Geltung zu bringen, so wären wir jetzt vielleicht in der Lage, willige und angemessene Friedensbedingungen aufzuerlegen. Durch sein Ausbleiben fällt Russland das Hohenzollernium und schwächt die Kräfte der Demokratie. Sein Vorgehen wird uns nicht, wie es glaubt, zu einem allgemeinen Frieden führen, es wird lediglich den Todeskampf der Welt verlängern. Es wird Russland selbst unermesslich schaden in die Hände der preussischen Militärschicht schlagen, wenn etwa Russland auf seiner Absicht verharret. Wenn der Feind von seiner Offensiv, die bisher mehr als ein Drittel seiner Kräfte in Anspruch nahm, Hunderttausende von Truppen und Kriegsmaterial in Masse zurückziehen kann, um England, Frankreich und Italien anzugreifen, dann bedeutet das einen ersten Zuwachs für unsere Aufgabe, die schon gewaltig genug war. Es wäre töricht, die Gefahr zu unterschätzen. Es wäre aber eben so töricht, sie zu übertreiben. Die größte Torheit würde aber sein, ihr nicht entgegenzutreten. Wenn die russische Demokratie sich entschloß, den Kampf gegen die Militärdiktatur aufzugeben, so nimmt auf der anderen Seite die amerikanische Demokratie ihn auf. Dies ist das denkwürdigste Ereignis des Jahres. Es hat die ganze Lage verändert. Die Russen sind ein hochherziges Volk, sie kämpfen tapfer in diesem Kriege, aber sie haben immer und haben zweifellos in diesem Kriege den am mangelhaftesten organisierten Staat in Europa gehabt. Großbritannien, dessen Bevölkerung nur ein Drittel derjenigen Russlands ausmacht, ist in den drei letzten Jahren für Deutschland ein stärkeres Gegengewicht gewesen. Hätte man Deutschland nicht nur heute, sondern sogar vor einem Jahre schon gefragt, ob ihm Englands oder Russlands Auscheiden aus dem Kriege lieber wäre, so glaube ich keinen Zweifel über die Antwort haben zu sollen. Wie steht es mit Amerika? Es gibt kein mächtigeres Land auf der Welt als Amerika mit seinen gewaltigen Hilfsquellen und seinem unzählbaren Volke. Wenn Russland ausgeschiedet, so tritt Amerika mit beiden Händen ein. Immerhin legen uns der Zusammenbruch Russlands und die zeitweilige Niederlage Italiens zweifellos den schwersten Anteil an der Bürde auf, bis Amerika bereit ist, sie tragen zu helfen. Wir müssen uns daher auf größere Anstrengungen und Opfer vorbereiten. Es ist Zeit, daß die Nation sich jetzt als auf die Füße stellt und ihre Schultern rekt, um die größere Last zu tragen, die ihr die Ereignisse auferlegen. Großbritanniens Wille ist gleich dem gehärteten Stahl. Er wird der härteren Spannung bis zum Ende standhalten. Die Mannschaftebestände müssen tiefer ausgeschöpft werden, um die Last zu tragen, bis die amerikanische Hilfe eintrifft. Wir müssen genug Leute haben, um die Linie zu verteidigen, die wir drei Jahre hindurch gegen den wilden Ansturm gehalten haben. Wir müssen ein Manöverheer haben, das uns in den Stand setzt, mit den geringsten Zeitverlusten an irgendeinem Punkt des gewaltigen Schachbrettes zu erscheinen, wo es immer noch tut. Es liegt kein Grund für eine Panik vor. Selbst jetzt senden wir Tausende Truppen zur Hilfe. Die Alliierten sind in Frankreich und Flandern im Ueberzahl, wir haben erhebliche Reserven in der Heimat. Unsere Mannschaftebestände nahmen besonders in den letzten Monaten erheblich zu, mehr als Freund und Feind weiß, aber sie genügen noch nicht, ohne Sorge den neuen Kriegszuständen gegenüberzutreten, es sei denn, wir ergreifen Maßnahmen, um unsere Reserven an ausgebildeten Leuten weiter zu vermehren. Das Kabinett bereitet die Vorschläge für die Ausbringung weiterer Mannschaftebestände vor und untersucht gleichzeitig eingehend die besten Methoden zur Schonung der bereits vorhandenen Bestände unseres Heeres, um die Kriegsverluste zu verringern.

Der Sieg ist jetzt die Frage des Schiffsraums. Das Entzenden der Vereinigten Staaten in den Krieg steigerte die Nachfrage danach außerordentlich. Schiffsraum muß beschafft werden für die Uebersicherung und Unterhaltung von Amerikas riesenhaften neuen Heere. Wir beide, Amerika und England, werden unsere Hilfsmittel aufs äußerste anzuspannen haben, indem wir unseren Verbrauch noch mehr einschränken und die Erzeugung des Landes an Rohstoffmitteln noch weiter steigern. Wir vermehren in diesem Jahre unsere heimische Erzeugung um 2 oder 3 Millionen Tonnen. Wir sind das einzige kriegerische Volk, welches seine Lebensmittelherzeugung während des Krieges vergrößerte; aber wir müssen weitere 3 Millionen Tonnen an Lebensmittelleistungen im nächsten Jahre sparen. Wir forderben die stärkere Macht in die Schranken, welche die Welt mit Sklaverei bedroht. Dies ist die Schicksalsfrage der Menschheit. Wenn wir des Schicksals wert sind, welches sie in sich birgt, werden unzählige Menschenleben durch Gott danken für die Kraft, die er uns gab, bis zum Ende durchzuhalten.

Und dieses wichtige Programm, das alle Festschlüsse der bisherigen Kriegspolitik mißachtet, den betrogenen Hilfswortern wie dem Volke Englands selbst neue, ebenso juristische wie fruchtlose Opfer zumutet, und das im Osten langsam aufsteigende Friedenswerk zu zerstören trachtet, darf der englische Premierminister damit begründen, daß er behauptet, mit Deutschland sei keine Verständigung, die das Recht anderer Völker admet, möglich!

Werden die deutschen Staatsmänner darauf endlich die richtige Antwort geben? Nicht mit Worten der Entrüstung oder mit diplomatischen Winkelzügen kann der gordische Knoten der feindlichen Koalition gelöst werden, ihn durchschneidet die Tat eines halbigen ehrlichen Friedens mit Russland, der jene Behauptung Lord Georges Lügen straft!

Das diplomatische Vertiefungsspiel um den Frieden.

Nach den Geheimberichten aus den russischen Archiven hat sich im September d. J. zwischen Deutschland und England folgendes abgepielt: Balfour berief die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Russland zusammen und machte folgende Frage vertrauliche Mitteilung: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr langwierige Verständigung in Berlin den Wunsch ausgesprochen hat, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die spanische Regierung lehnt eine Vermittlung ab, sie hätte es jedoch nicht möglich gefunden, diese Erklärung Deutschlands dem englischen Botschafter vorzuenthalten. Der letztere antwortete, er wisse nicht, wie seine Regierung sich zu der Erklärung der Deutschen stelle, aber er glaube, daß Friedensverhandlungen

um den Alliierten die Möglichkeit einer Prüfung zu geben, einen scharf unterschiedlichen Charakter gegenüber den in der deutschen Presse zum Ausdruck gelangenden Bestrebungen tragen müssen. Die großbritannische Regierung ist nach Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen, oder aber mit möglicher Vorzicht zu beantworten. Der erste Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Hebung ihres eigenen Prestiges in Deutschland auszunutzen, und was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich verwerfliche Agitation in Russland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünscht und Russland den übrigen Alliierten entziehe.

Die großbritannische Regierung wird daher durch ihren Vertreter in Madrid folgende Antwort geben:

Die Regierung S. Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr betreffend des Friedens abzugeben wünscht, um diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten.

Ich übergebe dies wörtlich, führt der russische Gesandte weiter, und angesichts der dringenden Notwendigkeit, an den Beziehungen gegenüber unserem Feinde, der vor keiner gewissenlosen Verdrängung der Worte und Prinzipien haltgemacht, die äußerste Vorsicht zu beobachten, ist der Antwort Englands absichtlich die kurze Form gegeben worden. Bei der Beratung dieser Frage in der heutigen Botschafterkonferenz bei Balfour sind wir zum einseitigen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist — dies ganze Manöver schreiben wir K ü h l m a n n zu —, die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Wir haben gefunden, daß man Deutschland erklären müsse (wenn durch diese kurze Mitteilung die Sache in Gang kommt), wir erwarten von ihm die bestimmte Angabe der von ihm verfolgten Kriegsziele und würden in keiner Form in getrennte Unterhandlungen eines Verbündeten mit Deutschland einwilligen, wie auch in Kollektivverhandlungen, bevor wir nicht untereinander geprüft haben werden, ob das allgemeine Milieu der deutschen Kriegsziele für uns annehmbar ist.

Auf die Antwort der englischen Regierung ist von deutscher Seite nichts mehr erwidert worden, weil man, wie jetzt offiziell erklärt wird, kein genügendes Entgegenkommen in Englands Antwort sah!

Das Reutersche Bureau erfährt von Lord Robert Cecil, daß die Mitteilung aus Berlin über die deutsche Erwiderung auf Balfours Erklärung im Unterhause bezüglich des deutschen Friedensschlusses durchaus unwahr sei. Nach dem Beispiel Wilsons habe die britische Regierung immer versucht, zu erfahren, welches die deutschen Kriegsziele seien; sie habe ferner versucht, sich aus den Reden der deutschen Staatsmänner Klarheit darüber zu verschaffen, aber vergebens. Es sei unwahr, die Sache so darzustellen, als ob von Seiten Englands eine vertrauliche Anfrage an den Feind gerichtet worden sei.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

Berlin, 18. Dezember, abends. (Amtlich.) Von den Kriegshauptlagen nichts Neues.

Wien, 15. Dezember. (Amtlich.)

Oesterlicher Kriegshauptlag.

Waffenruhe. Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden fortgesetzt.

Italienischer Kriegshauptlag.

Truppen des Generals der Infanterie Alfred Kraus haben trotz bestiger Gegenwehr die Stellung auf dem Col Cavrile genommen, wobei sich die Infanterie-Regimenter Nr. 49 und 88 besonders auszeichneten. Auf dem Monte Vertica wiesen ebenfalls die Bataillone mehrere feindliche Angriffe ab. Zur Wiedereroberung der durch die verbündeten Truppen am 12. und 13. Dezember genommenen feindlichen Stellungen auf dem Monte Spinnocca führte der Italiener vergebliche heftige Angriffe. In den Kämpfen der letzten Tage haben wir 40 italienische Offiziere, darunter 2 Stabsoffiziere, über 3000 Mann, einige Geschütze und Maschinengewehre eingebracht.

Wien, 16. Dezember. (Amtlich.)

Oesterlicher Kriegshauptlag.

Gestern wurde zu West-Atsomst ein für alle russischen Fronten gültiger Waffenstillstand abgeschlossen, der mindestens bis zum 14. Januar zu dauern hat.

Italienischer Kriegshauptlag.

Im Gebiet des Col Caprile hatten österreichisch-ungarische Regimenter ihren Erfolg aus: Dabei sind etliche hundert Gefangene in unserer Hand geblieben. An der Piave Artilleriekampf.

Frankreich und Belgien.

Der Fall Caillaux.

Schwere Beschuldigungen erhob Caillaux gegen den französischen Botschafter in Rom Barrere; er fügte hinzu, daß die amtlich abgemerkelten Fälschungen alles Dagemeine an Dreistigkeit übertrafen.

Nach Anhörung von Caillaux be schloß der Ausschuss Clemenceau in seiner Eigenschaft als Kriegsmittler und Chef der Militärjustiz zu hören.

Rußland.

Verchwörung der Kadettenpartei.

(Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Einige Duzend Personen, die sich für Abgeordnete ausgaben, aber keine Karten trugen, erzwangen sich am 11. Dezember abends in Begleitung von Weißen Gardem, Juniern, einigen Lausend Bürgern und ansehnlichen Beamten Zugang zum Laurischen Palast. Die Kadettenpartei war bestrebt, der gegenrevolutionären Erhebung der Kaledin und Kornilow einen angeblich gesetzlichen Anstoß zu geben. Die Stimmen einiger Duzend Bürger sollten die Stimmen der versammelnden Versammlung darstellen. Der Rat der Volksthemistare gibt diese Verchwörung dem ganzen Volke bekannt. Alle Erregungszustände des Volkes, auch der nahe bevorstehende Friede, stehen auf dem Spiele. Im Süden Kaledin im Osten Butom und schließlich im Zentrum der Politik des Landes, in Petersburg, die Verchwörung des Hauptanführers der Kadettenpartei, die unangelegentlich Verurteilung nach Süden zu Kaledin und zu den Offizieren Kornilow. Die geringste Unentschiedenheit über Schwärze des

Volkess kann zum Sturz der Arbeiter- und Soldatenräte führen, zum Scheitern der Friedensfrage, zum Zusammenbruch der Reformen des Grundbesitzes und zu einer neuen Autokratie der kapitalistischen Besitzter. Der Rat der Volkskommissare ist sich vollkommen der ungeheuren ihm auferlegten Verantwortung hinsichtlich des Schicksals des Volkes und der Revolution bewußt und erklärt die Kadettenpartei als eine Organisation zur gegenrevolutionären Ermordung und als Partei der Volksfeinde. Der Rat der Volkskommissare verpflichtet sich, die Waffen im Kampfe gegen die Kadettenpartei und die Truppen Kaledins nicht niederzuliegen.

Kosaken gegen Kosak?

(Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 13. Dezember fand eine Kosakenversammlung im Smolninskitut statt. Es waren dabei vertreten der Ausschuß der Kosaken, der am Arbeiter- und Soldatenrat ganz Rußlands teilnimmt sowie Abgeordnete der Bauern, Arbeitern und Soldaten der Don- und Kuban-Regimenter und der an der Nordfront verteilten Batterien. Die Versammlung nahm folgende Entscheidung an: „Die Mitglieder des obersten Organs der Kosaken, des Rates der Militärvereinigungen, machen seit Beginn ihrer Tätigkeit gegenrevolutionäre Propaganda und drängen die Kosaken zum Bürgerkrieg. In der Absicht, eine Einmischung anderer in die Angelegenheiten der Kosaken zu vermeiden, ordnet die Versammlung der Truppen die sofortige Verhaftung der Mitglieder des Rates der Militärvereinigungen an.“

Die Verhaftung wurde um Mitternacht geschlossen. Die Mitglieder machten sich bewaffnet zur Verhaftung der Mitglieder des Rates der Militärvereinigungen auf.

Gibt England nach?

(Die dung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mit Ermächtigung der Vordacht Großbritanniens teilen wir mit: Angefichts der Erläuterungen, die von dem Vorkämpfer der englischen Regierung über die Zurückhaltung Tschischerins, Petrowas und anderer Personen in ähnlicher Weise gegeben sind, erklärt die englische Regierung, sie geneigt, die Frage über die Zurückhaltung der oben genannten Personen und ihrer Rückkehr in ihre Vaterland erneut zu prüfen. Im Hinblick auf diese bestimmte Erklärung hat der Volksbeauftragte für Auswärtige Angelegenheiten angeordnet, daß den Staatsangehörigen Großbritanniens, welches die von jedem Bürger jedes verbündeten und neutralen Landes geforderten allgemeinen Bürgerschaften zu sicherte, das ungehinderte Verlassen Rußlands gestattet werde. Auch scheint sich der Kosak betr. der diplomatischen Kuriers zu regeln. Kapitän Smith erklärte dem Volkskommissar Buchanan Hoffe, im Laufe der kommenden Woche die Ermächtigung zum freien Eintritt der diplomatischen Kuriers der Sowjet-Regierung nach England zu ihrer Durchreise durch England erteilen zu können.

Neue Niederlage der Kosaken.

Reuter meldet aus Petersburg: Die Städte Kosiow, Kachitshewan und Taganrog befinden sich in den Händen der revolutionären Truppen. Der General Kaledin, mit seinem Generalstab wurde verhaftet. Kaledin hatte den Bürgermeister von Kosiow eingeladen, nach Nowotcherkowsk zu kommen, um die Einstellung der militärischen Operationen zu besprechen.

Die Macht der Bolschewisten wächst.

Die „Daily Mail“ vernimmt aus Petersburg: Der Verband der Eisenbahnbeamten, welcher bisher neutral war, ist auf Seiten der Bolschewiki getreten.

Selbstmord eines russischen Unterhändlers.

Zu der von Reuter verbreiteten Nachricht über den Selbstmord des russischen Generals Skalon einige Stunden nach der Ankunft der Waffenstillstandsabordnung im deutschen Hauptquartier erfahren wir folgende nähere Umstände: „General Skalon hatte bei der gemeinsamen Reise der russischen Abordnung an ihren Beratungen unmittelbaren und tätigen Anteil genommen. Einige Stunden nach Ankunft und kurz vor Eröffnung der gemeinsamen Konferenz besaß er sich auf sein Zimmer, um eine Karte zu holen. Hier wurde er von dem der russischen Abordnung zugeordneten Offizier erloschen aufgefunden. Ein hinterlassener Abschiedsbrief an die Frau des Generals gab über keine Beweggründe keinen Aufschluß. Die Mitglieder der russischen Abordnung vermuten einen notwendigen Zusammenbruch und haben eine Darstellung dieses Voralles der russischen Regierung übermittelt. Bei Überführung des Verstorbenen zur Bahn unter Beteiligung russischer Geistlicher erwiehen deutsche Truppen die militärischen Ehren.“

Ein Friedensantrag der Ukrainer.

Wie die ukrainische Zeitung „Djlo“ mitteilt, tritt der ukrainische Zentralrat für die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen ein. Er beschloß, Vertreter des ukrainischen Generalstabs an die südwestliche rumänische Front zu entsenden zur Teilnahme an den Verhandlungen über einen Waffenstillstand für die ukrainische Republik; sie soll den verbündeten neutralen Staaten einen Friedensvorschlag machen und zugleich die neutralen Regierungen, den Rat der Volkskommissare und die Regierungen der russischen Teilstaaten davon in Kenntnis setzen. Der Zentralrat wird ein konkretes Friedensprogramm ausarbeiten und dieses als Verhandlungsbasis vorlegen.

Italien.

Zwischen in Italien.

Wie die „Stampa“ meldet, wird für die Landarbeit die Zehnte von Mann zu Mann von 20 auf 65 Jahren und von Frauen genau unter Berücksichtigung eingeführt werden.

Streite Zeiten der italienischen Kriegsparteien.

In der italienischen Kammer haben Auseinandersetzungen gegen Cadorna stattgefunden, über die berichtet wird: „Als Sonnino die Einrichtung eines obersten Entente-Kriegsrates erwähnte, und Cadorna als Vertreter Italiens nannte, erhoben sich anhaltende lärmende Rufe: „Nicht mit Cadorna! Stellt ihn vor ein hohes Gericht und laßt ihn aburteilen!“ Ferner hat der Abgeordnete Kobiliak, der einer alten piemontesischen Offiziersfamilie angehört, eine Anfrage in der Kammer eingebracht, ob der Ministerpräsident und der Kriegsminister bei der notfalls

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 17. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Konprinz Rupprecht.

Auf dem Südbufer der Scarpe und in einzelnen Abschnitten südwestlich von Cambrai lebhafteste Feuerstätigkeit. Starke Artillerie- und Minenfeuer lag auf der Südfrent von S. Quentin.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Nördlich von St. Mihiel und im Sundgau war die französische Artillerie tätiger als an den Vortagen.

Leutnant Müller errang seinen 38. Luftsteg.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen Wardar und Doiran-See stieß eine englische Kompanie nach kräftiger Feuertorbereitung vor. Im Gefecht mit bulgarischen Posten wurde sie abgewiesen.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave dauerte in einzelnen Abschnitten heftiger Artilleriekampf an.

In erfolgreichen Unternehmungen brachten österreichisch-ungarische Truppen südlich vom Col Caprile mehrere hundert Gefangene ein.

Italienische Vorstöße gegen unsere Linien südlich vom Monte Fontana Secca scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister.

Rubensdell.

Verantwortlichkeit Cadornas für die Niederlage es nicht für ihre Pflicht ansehen, weitere disziplinarische Maßnahmen gegen ihn zu treffen und ihn in den Ruhestand zu versetzen, abgesehen von einem gegen ihn zu eröffnenden Gerichtsverfahren.

Endlich hat Ferri einen förmlichen Antrag eingebracht, eine härteste exemplarische Strafe gegen die an der feindlichen Invasion Schuldigen auszusprechen, die, von politischer Herrschaft getrieben und, um dem allgemeinen Fluch zu entgehen, sich soweit erniedrigt haben, eigene große Schuld hinter einem schmerzlichen Zwischenfall verborgen und Telegramme geschrieben haben, die die ganze Nation beleidigten. Diese harten Worte beziehen sich auf den Tagesbefehl vom 28. Oktober, worin Cadorna seine Verbände des Heeres für den Zusammenbruch verantwortlich machte. Alle diese Vorgänge werfen ein helles Licht auf die Stimmung, die einen großen Teil des Landes und der Kammer beherrscht. Die innere Einheit wird durch solche Reibungen nicht befestigt.

Italienische Berichte, über die die „Köln. Zeitung“ ausführlich berichtet, schildern die politische Lage in Italien als sehr kritisch und deuten an, daß die Kriegsparteien vor den kommenden Auseinandersetzungen in Geheimnissen zurückzuführen, weil sie ihre Niederlage befürchten. So wird erklärt, daß der „Corriere della Sera“ und andere kriegsfreundliche Blätter die Kriegsparteien bitten, diese Auseinandersetzungen zu verhindern und sich mit Geduld zu wappnen. Sie müßten angesichts der Lage des Landes für die Entlastung arbeiten. Es handle sich um den letzten Versuch, mißlingt er, so folge ihm der Zusammenbruch. „Stampa“ deutet an, der Regierungsantrag auf Abhaltung von Geheimnissen sei auf Wunsch Sonninos gestellt worden, der jetzt zu einem eifrigen Freund der geheimen Sitzungen geworden sei.

Die italienischen Kriegsheer haben um so mehr also einen schweren Stand, als nach zuverlässigen Nachrichten Amerika auf der letzten Allierten-Konferenz auf Zurücknahme des Besprechens, Italien die balkanische Rüste zu überlassen, bestand. Ferner soll auf dieser Konferenz auch beschlossen worden sein, auch die Besprechungen an Italien wegen Kleinigkeiten zurückzuziehen. Wenn das im italienischen Volke bekannt wird, dann dürfte der Friedenswille einen noch größeren Umfang annehmen.

Nus Südben und den Nachbargebieten.

Montag, 17. Dezember.

Noch weniger Fett.

Kürzlich hat Unterstaatssekretär Dr. August Müller einer Anzahl Pressevertretern vorgeredet, daß zur Deckung des Gesamtbedarfs an Kartoffeln 34,7 Millionen Tonnen erforderlich sind, unter Zugrundelegung einer Kartoffelernte von 10½ Pfund pro Woche für Selbstverbraucher und 7 Pfund für die gewöhnlichen Sberblischen, eingerechnet die Futtermittel, Saat- und Sportkartoffeln. Diese Menge ist die Höchstmenge, die nach Dr. Müller aufgebracht werden kann, und daher könne dem Wunsch, die Kartoffelernte allgemein auf 10 Pfund pro Woche zu erhöhen, nicht entsprechen werden. Vielleicht sei Ende Februar eine Erhöhung möglich, sie geht durchzuführen, sei pflichtwidrig.

Ist diese Mittelung wenig erfreulich für alle, die in der Hauptsache auf Kartoffeln angewiesen sind, so ist eine andere den Pressevertretern von Major Seidler gemachte Mitteilung über die Herabsetzung der Fettversorgung noch unerfreulicher, ja, die Herabsetzung wird von den schwersten Folgen sein, selbst noch die Großstadt- und die Stadtbeförderung ohnehin schon schwer unter dem Fettmangel. Nach den Angaben Major Seidlers wird vom 1. Januar ab die allgemeine Fettzirkulation wöchentlich nur noch 70 Gramm betragen. Da in dieser Durchschnittsmenge auch alle Zutaten enthalten sind (Kranke, Schwerarbeiter usw.), so wird die Herabsetzung die Wirkung haben, daß auf die Fettkarte ab 1. Januar höchstens 62½ Gramm Fett wird abgegeben werden können. Landwirtschaftliche Arbeiter, die anders als die Arbeiter der Kriegsindustrie entlohnt werden, erhalten zwar mehr Fett, aber auch ihre Ration wird von 125 Gramm auf 100 Gramm ermäßigt werden.

Wir nehmen natürlich an, daß man sich im Kriegsministerium über die unheilloosen Folgen einer so einschneidenden Herabsetzung der Fettzirkulation klar ist, und daß man nach Mitteln und Wegen gesucht hat, diese Herabsetzung zu vermeiden. Deshalb befremdet es uns, daß die von vielen Blättern gebrachten Angaben der Kreisstellen Hameln, wonach auf Grund unseres jetzigen Mittelwertes bei Einführung des Rationierungswesens

jeder Einwohner des Deutschen Reiches wöchentlich 170 Gramm Butter und 100 Gramm Käse erhalten können, von der Kreisstellenstelle noch nicht widerlegt wurden. Wohl hat man von privater Seite in hannoverschen Blättern versucht, diese der „Molkereizeitung“ entnommenen Angaben zu entkräften, doch ohne Erfolg, und der „Hannoversche Kurier“ brachte denn auch daraufhin einen Artikel, der zweifellos auf die Kreisstellenstelle Hameln zurückzuführen ist. Darin wird unter anderem gesagt:

Eine Berliner Korrespondenz verbreitete kürzlich etne der „Molkereizeitung“ entnommene Darstellung der Milchbewirtschaftung des Kreises Hameln, die sie als musterhaft hinstellte. Der Leiter der Kreisstellenstelle in Hameln hat danach ausgerechnet, daß bei Durchführung einer gleichen Organisation in ganz Deutschland jede Person in der Woche etwa 170 Gramm Butter und 100 Gramm Käse erhalten könnte. Diese Mittelung hat in einer Zeit, da überall die Butterrationen herabgesetzt werden, begreifliches Aufsehen, aber auch Zweifel an der Richtigkeit hervorgerufen; so leicht schien der Stein der Weisen nicht gefunden werden zu können!

Um so angenehmer ist die Feststellung, daß die Verhältnisse tatsächlich richtig gezeichnet sind. Wir haben damit den Weg zu einer durchgreifenden Besserung unserer Fettversorgung gefunden, und es ist lediglich eine Frage des guten Willens und der Energie, ob unsere Behörden auch in anderen Gegenden diesen Weg beschreiten und zu Ende gehen wollen.

Wir haben zu schreiben zwischen den Maßnahmen zur Erfassung und denen zur Verteilung der Milch. Die Erfassung war in den meisten ländlichen Kreisen bislang ganz unzureichend. Zwar boten schon die Verordnungen vom 20. Juli und 3. Oktober 1916 die Handhabe zum Erlaß und zur Durchführung von Vorschriften ähnlich denen des Kreises Hameln. Diese Vorschriften tragen auch nichts Besonderes an sich und bestehen tatsächlich bereits an vielen Orten. Die Hamelner Milchviehhalter müssen alle Milch an Molkereien abliefern (bis auf ¼ Liter je Person und Tag), sie dürfen nicht selbst buttern; die Hälfte der entnommenen Magermilch bekommen sie zurück, die andere wird vom Kreis zu Käse verarbeitet. Hinter diesen Vorschriften stand aber in Hameln der Wille zur strengen Durchführung. Dieser dient eine scharfe Kontrolle. Die Molkereien beaufsichtigen die Landwirte; sie selbst werden von der Kreisstellenstelle beaufsichtigt. Eine Rathotel für jeden einzelnen Erzeuger und die Anstellung besonderer Revisionsbeamten ermöglicht dies. Dadurch sind wirklich bis zum September durchschnittlich 5,10 Liter Milch von jeder Kuh täglich angeliefert; zurzeit beträgt die Menge etwa 4½ Liter; 300 Zentner Butter werden der Bezirksstelle monatlich zur Verteilung gestellt, 200 Zentner Käse gehen nach der Stadt Hannover, und außerdem bekommt jeder Hamelner wöchentlich noch 70 Gramm Käse.

Diese Erfolge sind also handgreiflich, und es würde ein Verbrechen an der Volksgesundheit sein, wenn man die Fettzirkulation herabsetzt, ehe alles getan ist, um die Milch auf dem Lande restlos zu erfassen und den Bauern das Selbstbuttern unmöglich zu machen.

Manchen abgewöhnen! Der Nichtraucher wird schwerlich verstehen, was es heißt, die Zigarre, die Zigarette oder den Rauchtobak zu entbehren. Für den Raucher bedeutet aber die Entbehrung des Tabaks mehr als die Entbehrung irgendeines andern Genusses. Daher kommt es, daß trotz der unheimlich in die Höhe getriebenen Preise für Erzeugnisse des Tabakbaues immer noch Käufer vorhanden sind, welche Tabak konsumieren. Alles auf Erden hat aber seine Grenzen, und auch der Geldbeutel vieler Raucher ist in Tiefe, Breite und Inhalt begrenzt. Die zum 1. Januar angekündigte Erhöhung des Preises für Zigaretten in Verbindung mit der Verringerung des Kontingents um 15 Prozent wird gar manchen zwingen, entweder zur Zigarre oder zum Tabak zu greifen, oder aber auf den Genuß der Zigarette zu verzichten. Dadurch dürfte die Nachfrage nach diesen beiden vorgenannten Artikeln noch mehr steigen, so daß über kurz oder lang das Rauchen nur noch jenen Kreisen möglich sein wird, welche ohnehin sich bis jetzt die allermeisten Beschränkungen auferlegen brauchen. Wie die Faun auf Auge paßt hierzu die steigende Dürstende der Zigarettenfabriken. Die „Frankfurter Ztg.“ läßt sich hierüber aus Berlin berichten: „Aus einer statistischen Arbeit unseres Handelsteils ergab sich, daß in der Zigarettenindustrie eine Steigerung des Reingewinnes auf das Doppelte keine Seltenheit war und daß jährliche Rückstellungen, die einen erheblichen Bruchteil des Aktienkapitals ausmachten, gleichfalls zur Regel gehörten. Die Dividenden betragen in den Jahren 1914 bis 1916 z. B. bei der Compagnie Laferme 10, 15 und 20 Prozent, bei der Zigarettenfabrik Patria 18, 20 und 30 Prozent, bei der schärfsten Tabakmanufaktur 12 und 25 Prozent, und so geht es weiter. Wir zweifeln trotzdem nicht daran, daß die Fabriken neue Preisserhöhungen für sehr eilig halten. Denn warum nicht? Die Kriegsfinanzierung ist günstig und Kriegsmoral heißt nehmen, was man kriegen kann! — Ganz recht! Nur möchten wir hervorheben, daß Kriegsmoral nichts weiter ist als die Moral der herrschenden Gesellschaftsordnung. Nur, daß während des Krieges diese Moral ein günstigeres Betätigungsfeld vorfindet.“

Ohne Straßenbahn ist Lübeck jetzt schon seit einigen Tagen nur ein paar Unten verbinden in weiten Abständen einige Vorkorte mit der Stadt. Die Folge davon ist natürlich, daß sich der Aufgängerverkehr ganz außerordentlich vergrößert hat. Und das kommt wieder Stechlohen, die gegenwärtig von den Partitiden gehöhren. Überall wird die Frage aufgeworfen, ob man denn gar keine Vorzüge hätte treffen können, um eine solche Katastrophe wenigstens in dem gegenwärtig sich zeigenden Umfang zu vermeiden. Die Antwort ist nicht immer sehr schmeichelhaft für die dafür verantwortlichen Stellen. Es ist ja wahrscheinlich, daß wir diese Zustände nicht hier gebildet haben, aber dennoch müßte man voraussehen, daß sich in den malinellen Anlagen der überlandzentrale vielleicht einmal Erhöhungen ereignen könnten und für diesen Fall entsprechende Maßnahmen vorzulegen sollen. Wie verlautet, kann damit gerechnet werden, daß der Betrieb dieser Woche wieder aufgenommen wird.

Eine öffentliche Bäderversammlung fand am Sonntag, dem 9. Dezember im Gewerkschaftshaus statt mit der Tagesordnung: Das Bäder- und Konditorgewerbe unter dem Einfluß des Weltkrieges. Der Referent, Bezirksleiter Kuhbaum aus Kiel führte aus: Das Nachtbaderbot wurde am 15. Januar 1915 erlassen, was eine Rationierung von Brot und Backwaren zur Folge hatte. Das Brotkarte wurde am 15. Februar 1915 eingeführt. Ueber die Frage, ob das Nachtbaderbot ein dauerndes bleiben sollte, wurde eine Abstimmung der im Saal befindlichen Interessenten vorgenommen, die eine große Majorität für die Beibehaltung des Nachtbaderbotes ergab. Indem von 14.976 Stimmen nur 88 dagegen abgegeben wurden. Hierzu lag eine Resolution vor, welche folgende Wortlaut hat: „Die heute Versammelten erklären, daß sie von der Reichsregierung erwarten, daß das wiederholt in Aussicht gestellte dauernde Nachtbaderbot baldigt erlassen oder ein endgültiger Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt zur schleunigen Verabschiedung zugeht, weil es ein dringendes Erfordernis ist, daß sowohl die Groß-, als die Mittel- und Kleinbetriebe sich schon jetzt auf die Friedenswirtschaft einrichten und ihre ganze Betriebsführung auf die dauernde Beibehaltung des Nachtbaderbotes einstellen können, weil die Bäderarbeiter, zu denen jetzt wieder Tausende alterer Berufstätiger gekommen sind, die

hüher von der Bäckerei abgestoßen wurden, da sie sich infolge der hauernden Nacharbeit keine Familie gründen konnten, wissen wollen und das Recht haben, es nun bald zu erfahren, ob sie nach dem Kriege wieder zu einem Berufswechsel gezwungen werden sollen; weil die Bäckereiarbeiter nicht gewillt sind, sich allen von jedem einstündigen Sozialpolitiker und von jedem Arzte ohne weiteres ausgegebenen schweren Schädigungen der Gesundheit wieder auszuweichen. Sie haben den Unterschied zwischen Tag- und Nacharbeit kennen gelernt und wollen deshalb die für das Gewerbe durchaus nicht notwendige Nacharbeit unter keinen Umständen wieder auf sich nehmen. Die im Lande schaffenden Bäckereiarbeiter wissen sich in ihrem Verlangen nach dem schleunigen Erlaß eines dauernden Nacharbeitverbots aber auch einig mit den heute für das Vaterland kämpfenden Berufsgenossen. Sie erinnern daran, daß eine Abkündigung im Felde über das Nacharbeitverbot das Ergebnis hatte, daß 11 500 Gefallen und 3826 Meißler, zusammen 14 976, ihre Meinung kundgaben, daß von diesen nur 88 gegen ein dauerndes Nacharbeitverbot stimmten und nur 167 dagegen waren, daß ein solches Verbot sofort kommen sollte. Die Bäckereiarbeiter wissen aber auch, daß unter den Meißlern und Unternehmern heute auf der ganzen Linie jeder Widerbruch gegen das Nacharbeitverbot verurteilt und nur noch über Einzelheiten einige Meinungsverschiedenheiten zutage treten. Wenn die Arbeitsfreudigkeit der Angehörigen des Bäckerberufes aufrecht erhalten werden soll, ist es nur recht und billig, daß man dem Gewerbe auch so bald wie möglich zeigt, wie seine Zukunft sich gestaltet! Die Abkündigung über vorstehende Resolution ergab ihre einstimmige Annahme. Sodann wurden noch einige interne Verbandsangelegenheiten erledigt.

Wichtig für Hilfsdienstpflichtige. Die Anmeldezeit für den vaterländischen Hilfsdienst ist jetzt abgelaufen. In der Hilfsdienstmeldestelle Lübeck, Parade 1, liegen aber noch viele bisher nicht abgeholt Meldebefähigungen von Meldungen zum vaterländischen Hilfsdienst, die auf schriftlichem Wege während der Zeit zwischen dem 6. und 15. Dezember und auch noch während der früheren Anmeldezeit, im März ds. Js., erfolgt sind. Wichtig für jeden Hilfsdienstpflichtigen ist, daß er im Besitz einer Meldebefähigung über seine erfolgte Anmeldung zum vaterländischen Hilfsdienst ist; denn nur durch diese Meldebefähigung ist der Hilfsdienstpflichtige in der Lage, sich darüber auszuweisen, daß er seiner Meldepflicht zum vaterländischen Hilfsdienst genügt hat. Die Hilfsdienstmeldestelle hat deshalb in einer öffentlichen Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß die noch nicht abgeholt Meldebefähigungen am Montag, dem 17., oder Dienstag, dem 18. Dezember 1917 vormittags zwischen 9-1 Uhr oder nachmittags zwischen 4-6 Uhr in ihrer Geschäftsstelle abzuholen sind. Auch an dieser Stelle sei noch einmal auf die Wichtigkeit des Besitzes einer Meldebefähigung für jeden Hilfsdienstpflichtigen hingewiesen und sei daran erinnert, daß alle Hilfsdienstpflichtigen, die es bisher nicht getan haben, ihre Meldebefähigung sofort bei der Hilfsdienstmeldestelle Lübeck, Parade 1, Erdgeschoss, Zimmer Nr. 1, abholen.

Kommunale Verteilung von markenfreiem Ferkelfleisch. In den „Mitteltönen aus dem Kriegsernährungsamt“ lesen wir:

Die Stadt Frankfurt a. M. hat durch Ankauf von Ferkeln, den sie durch beauftragte Händler im Benehmen mit den Viehhändlervorständen beschaffen läßt, in einer Woche 30 000 Kilogramm Ferkelfleisch an die Einwohner der Stadt ausgeben können, so daß auf den Kopf der Bevölkerung je 75 Gramm des markenfremden Fleisches entfielen. Den Kommunen ist durch die Verlangung der Genehmigung der Freigabe der Ferkel zur Schlachtung und der markenfremden Ausgabe des Ferkelfleisches die Möglichkeit geboten, abgesehen von ganzen Ferkeln zur Anlegung eines kleinen Hausvorrats, eine Fleischzulage aus bestimmtem Anlaß, wie zum bevorstehenden Feste, zu gewähren. Am 16. Januar 1918 hört die markenfremde Ausgabe von Ferkelfleisch dem Markenzwang. Spätestens vom März an werden, was namentlich den noch verbleibenden Gegnern der gegenwärtigen unbedingt notwendigen Ferkelabgabe zur Beruhigung dienen wird, die Ferkel wieder zur Aufzucht gelangen, da der Beginn der Grünfütterung wieder die Möglichkeit ausbleibender Schweinehaltung gibt. Aus diesem Grunde ist auch — im Gegensatz zu den auf schleunige Verringerung des sonstigen Schweinebestandes gerichteten Maßnahmen — von Anfang an für die Erhaltung des Zuchtstweinebestandes Sorge getragen worden.

pb. Jügendlicher Schwindler. Festgenommen wurde ein noch jugendlicher Zersaraphenarbeiter aus der Hartengrube und ein in der Schwedeneuwerkstraße wohnhafter 19jähriger Arbeiter. Beide mußten die Polizeifähigkeit mehrerer hier ansässiger Personen aus, indem sie ihnen versprochen, Butter, Seife und dergl. beizubringen zu wollen, und ließen sich von den Kaufleuten verschiedene Beträge von zusammen über 700 Mark auszuhändigen. Die Festgenommenen hatten aber keineswegs die Absicht, ihr Versprechen zu erfüllen, sie hatten hierzu auch keinerlei Gelegenheit, vielmehr verdrachten sie das empfangene Geld in leichtsinniger Weise und sind heute beide völlig mittellos.

pb. Ein Auerliebhaber. Festgenommen wurde ein in der Marienstraße wohnhafter Arbeiter, der in einer Stockelsdorfer Marzipanfabrik, wo er in Arbeit stand, nach und nach eine größere Menge Zucker gestohlen hatte. Bei einer vorgenommenen Durchsuchung seiner Wohnung konnte noch ein größeres Quantum Zucker gefunden und sichergestellt werden.

pb. Kurze Freiheit. Auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen wurden zwei russische Kriegsgefangene, die von ihrer Arbeitsstelle in Altona-Ottensen entwichen waren.

pb. II Döner entwendet. In letzter Nacht sind aus einer Stallung bei den Holzentürmen 11 Döner und ein kleines Doppelläufiges Raabgewehr gestohlen worden.

pb. Gefährlicher Dieb. Von einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer ist in der Nacht zum 15. d. Mts. ein kleines Faß mit 25 Kilogramm Kamin gestohlen worden.

pb. Bienen, Kaninchen, Döner gestohlen. Einem Privatmann auf Gut Neuhof ist in der Nacht zum 14. d. Mts. ein Bienenstock gestohlen worden. — In derselben Nacht wurden einem Gafenerarbeiter aus der Hansstraße zwei Kaninchen und zwei Leibe Döner gestohlen.

pb. Diebstahl. Ermittelt und festgenommen wurden zwei hiesige Gafenerarbeiter und eine Arbeiterin wegen mehrfach beanagter Diebstähle. In dem Besitz der Diebe wurde unter anderem eine Kiste mit zwei großen Tüten scheinbar besonders präparierter Schlemmkreide gefunden. Die Kiste war von

den Dieben, in der Annahme, sie enthalte Schokolade, von einem Waagen gestohlen worden. Der Eigentümer der Schlemmkreide wird ersucht, sich im hiesigen Bureau zu melden.

Schwarzenbel. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im benachbarten Dorf Währken. Ein bei einem Landmann in Stellung befindliches Mädchen geriet mit den Kleibern in die Korndrehschneidmaschine. Ihr wurden beide Beine zermalmt.

Burtehub. Aus Furcht vor Strafe hat sich ein bei einem Volkshöfner in Goldberg bediensteter 15jähriger Knabe aus Hannover erhängt. Den Anlaß dazu gab, daß er wegen Diebstahls zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden war.

Theater und Musik.

Im Stadttheater gelangte gestern Abend Creusers früher viel gegebene und beliebte Oper „Das Nachtlager in Granada“ zur Aufführung. Der Chor „Schon die Abendlocken klangen“ und einige gefällige Lieder erfreuten auch diesmal wieder die sehr zahlreich erschienenen Zuhörer. In der Wiedergabe übermög das Gutgemeinte das mitschlich Gute und so war der Gesamteindruck auch auf diesem Grunde etwas matt. Die Hauptpartien lagen in den Händen von Fr. Gräber (eine anmutige, aber im Gesang und Spiel etwas zaghafte Gabriele), sowie der Herren Wolff (Häger) und Koplant (Gomez). Den Reiz des Abends bildete eine lebendige „Schöne Galathee“-Vorstellung. P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Dezember. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge um England. 21 000 Brutto-Register-Tonnen. Davon wurden 6 Dampfer und 1 englisches Fischerfahrzeug mit rund 11 000 Brutto-Register-Tonnen im Uermellanal trotz härtester feindlicher Gegenwirkung vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei bewaffnete tiefbeladene Dampfer und der englische Dampfer „Eagle“. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 17. Dezember. Auf dem Wege von Berlin nach Dessau ist ein Wertepatet von 908 000 Mark Inhalt abhanden gekommen. Das Paket, das 4 1/2 Proz. Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe mit den Zinsgewinnen enthielt, war von einer hiesigen Bank für eine Nebenstelle in Dessau bestimmt. Es wurde auf einem hiesigen Postamt ordnungsmäßig aufgegeben und mit der Bahn befördert, ist aber in Dessau nicht eingetroffen. Wo und wie es abhanden gekommen ist, weiß man noch nicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

Wopps Gold gefloht im Kriegsjahr 1917!
von Spindler & Co.

Bekanntmachung
 betreffend Fleischverkauf.
 In der Woche vom 17. bis 23. Dezember 1917 werden 125 gr Schweinefleisch und 125 gr Rindfleisch, auf die Rinderte die Hälfte, ausgegeben.
 Lübeck, den 15. Dezember 1917. (4120)
Das Polizeiamt.

Am Donnerstag, dem 13. Dezember, entließ ich nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater
Ludwig Hoffmann
 im 61. Lebensjahre. Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
 Marie Hoffmann Wwe. nebst Kindern und Enkelkindern.
 Barnel, d. 17. Dez. 1917.
 Die Trauerfeier findet am Dienstag, d. 18. Dezember, in der Friedhofskapelle Stedelsdorf statt. (4122)

„Komitee- und Kommissionsitzungen“
D. T. V.
Vorstandssitzung
 am Mittwoch, 19. Dezbr.
 abends 8 Uhr
 im Bureau.
 4127) Der Vorstand.

Zeitung
Fremdwörter
 und politische
 Schlagwörter
 von Adolf Braun
 Preis 30 P.
 Zu beziehen durch:
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Deutscher Transportarbeiterverband
 Ortsverwaltung Lübeck.
Todes-Anzeige.
 Den Hinterbliebenen die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Ludwig Hoffmann
 Lastenarbeiter, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, d. 18. Dezember, 1917, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Stedelsdorf statt.
 Der rege Beerdigung erfindet
 4125 Der Vorstand.

Kauf neue Baumige Krone mit Selenanordnung billig zu verkaufen.
 4123) Selenstr. 2, Nr.
 Sie kaufen gewahrt (4117)
Großhandlungen, Knochen, Eisen, Baueisen, Zeitungen, zu höchsten Tagespreisen.
 Karl Kleinfeld, Wartenhofstr. 25.
 Telefon 243A
Goethes Werke
 3 Bände 6.— Mk.
Reuters Werke
 4 Bände 6.— Mk.
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46

Arbeiter-Notizkalender 1918
 Preis 80 Pfg.
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46

Großindustrie und Kriegswirkungen.
 Von Richard Woldt.
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.
 — Preis 20 Pfg. —
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.
Visitenkarten
 Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.
 Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und welpolitischen Einleitungen.
 1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
 Von M. Beer.
 Preis 10 Pfg.
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Achtung!
General-Versammlung
 der
Schweinegilde für Fackenburg u. Umg.
 am Sonntag, d. 6. Januar 1918
 nachmittags 2 1/2 Uhr
 bei Herrn F. L. Fackel, Fackenburg.
Tagesordnung:
 1. Jahresbericht.
 2. Wahl der ausstehenden Vorstandsmitglieder, Bäder-Revisorien und Stadt-Revisoren.
 3. Verschiedenes.
 4121) Der Vorstand.

Lustige Blätter
 Durch wundervolle Bilder und packenden Text
das humoristische Leibblatt
 aller Feldgrauen und Dahreingeblienen
 feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 40
 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
 Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Deutscher Metallarbeiterverband.
 Verwaltungsstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, dem 19. Dezember
 abends 8 1/4 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
 1. Neuwahl der Ortsverwaltung, des Schriftführers und der Kartelldelegierten.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.
 4125

Jugendbant.
 Die Gewinne und verkaufte Gegenstände können bis Donnerstag von 9-6 Uhr in der Oberrealschule zum Dom abgeholt werden; danach verfallen sie zum Besten des Jugendbants; die eingereichten Ansprüche werden am Freitag 10-12 Uhr ebendort erledigt und verfallen danach auch.
 (4129)

Hansa-Theater.
 Heute
 abends 7 Uhr (4124)
Schöne Zeit, o selige Zeit
 Dienstag, den 18. Dezember
Die tolle Komte.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“.
Versammlung
 Dienstag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Das Erscheinen aller ist dringend erwünscht.
 4119) Der Vorstand.

Stadttheater.
 Dienstag, den 18. Dezbr. 1917
 Zum letzten Male:
Jedermann.
 Mittwoch, den 19. Dez. 1917
Die Garsdastürst.
 Anfang der Vorstellungen
 7 Uhr.

Rüstet für den Frieden.

Noch haben wir den Frieden nicht, folglich gilt einer Erziehung unser nächster, unser heißester Kampf! Aber zugleich hat die Arbeiterklasse allen Grund, für den Frieden zu rüsten.

Eine beängstigende Ungewißheit liegt über der ganzen menschlichen Gesellschaft. Denn diese lebt durch die Wirtschaft, und alle Grundlagen dieser Wirtschaft sind in ihren tiefsten Tiefen geschwächt, gestört und erschüttert. Geschwächt ist die sonst unerschöpfliche Fruchtbarkeit der Erde und die Ergiebigkeit ihrer Bergwerke, gestört ist der natürliche Kreislauf der Güter. Die Straßen sind ausgefahren, die Bahnen verbraucht, die Schiffe zum Teil verfenkt, das Geld, sonst die bewegende Kraft des Umlaufs, entwertet und der Kredit verschwunden. Erschüttert ist das System des freien Wettbewerbs. Die meisten Waren bewegen sich nicht mehr selbst, sie werden durch die Staatsgewalt in Bewegung erhalten.

Diese verfallene und entkräftete Volkswirtschaft hat zugleich alljährlich eine ganz unerhörte, alles

Vorstellbare überschreitende Schuldenlast

zu verzinzen und somit vorweg mehr zu leisten als in den Tagen stolzer Kraft und schwerer Fülle. Außer der mühsigen Klasse der Grundrentner der zwar geschäftigen, aber nicht arbeitenden Klasse industrieller und kaufmännischer Kapitalisten, außer diesen alten Klassengegnern des Proletariats hat sich nunmehr ein ganzes Heer reiner Papierrentner wie ein drückender Alp über die Wirtschaft gelagert. Die Jahresumme der arbeitslosen Einkommen ist ins Riesenhafte gewachsen, während die Arbeitskräfte sich und wunden, die Arbeitsmittel beschädigt und verbraucht aus dem Kriege hervorgehen.

Diese Umwälzung in der Technik der Wirtschaft wie in der sozialen Schichtung der Gesellschaft rückt die Gefahr nahe, daß der Versuch, gemacht wird, den ganzen schweren Druck, den tausendfach erschwerten Druck der Nachkriegszeit

auf die unteren Klassen abzuwälzen.

Die Arbeiterklasse hat allen Grund, nach dem Rechten zu sehen, wenn sie nicht schweren Schaden nehmen will!

Vorerst muß verhütet werden, daß der Staat, der durch den Mann aus dem Schützengraben vor der feindlichen Ueberflutung gerettet worden ist, nunmehr als ausschließliches Werkzeug der Herrschaftsklasse seine Herrschaftsmittel wider dasselbe Volk kehre. In allen Ländern der Welt hat darum die Arbeiterklasse die endliche volle Staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Gesetzgebung und Verwaltung gefordert. Nicht als Lohn für brave Gesinnung, denn das Recht, das uns gebührt, kann an Zahlungen statt nicht dienen. Nicht als Entgelt für Vergangenes, sondern als unerlässliche Sicherung für die Zukunft!

Dann aber muß die Wiederherstellung der freien Arbeit verbürgt werden. Unter Freiheit versteht der Arbeiter nicht die Anarchie des individuellen Wettbewerbs wie die Kapitalistenklasse, die sich heute schon nach der Zügellosigkeit der Ausbeutung und Plasmacherei zurücklehnt, sondern die freie geschaffene

Ordnung des Arbeitsverhältnisses,

wie sie die Organisation der Arbeiterklasse verbürgt. Das Recht der Organisation allem voran, das Recht der öffentlichen Mitverwaltung der gesellschaftlichen Arbeit in Fabriksauschüssen und Arbeitskammern, die öffentliche Bechtigung der gesellschaftlichen Arbeitskraft durch verbesserten Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Jugendpflege und Altersversorgung.

Nicht die wirtschaftliche Anarchie des Bourgeois ist des Arbeiters Ideal, sondern eine wahrhaft soziale Ordnung, wie von dem Interesse wie von dem Verständnis aller Mitarbeitenden getragen, der Allgemeinheit, was sie braucht, sicherstellt, ohne den einzelnen nur scheinbaren Not-

wendigkeiten zu opfern. Aber es liegt auf der Hand, daß der farge Tisch, den die Wirtschaft nach dem Kriege deckt, eine größere, breitere, anspruchsvollere Herrentafel nicht mit Genug überfüllen, mit Fülle und Pracht nicht ausstatten kann, ohne die Massen unerträglicher Verarmung und Dürftigkeit auszusetzen. Es liegt auf der Hand, daß sich das

Kapital gewaltigen Einschränkungen

unterwerfen muß, wenn das Volk nur ein menschenwürdiges Dasein führen soll. Eine Sozialgesetzgebung wird not tun, die alles Lagewordene in den Schatten stellt und tiefer greift als alle geschichtlichen Weisheiten.

Nicht freiwillig werden, sondern die Kapitalisten zu ihr drängen, nicht leicht die Vertreter der Staatsgewalt zu außerordentlichen Maßnahmen sich anschließen. Das Proletariat muß in geistiger Kraft und mit reifster Zielstreue eine Sache vertreten, die zugleich die Sache der Menschheit ist, die Sache der Menschheit ist. Schon während es um die Beendigung des Krieges ringt, muß es zum Frieden rüsten und sich geistig wie physisch bereithalten: die geistige Bereitschaft aber erwirkt und betätigt es in der einzigen und disziplinierten Hingabe an die alte kampferprobte Sozialdemokratie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bismarck 1878 über das Wahlrecht.

Bismarcks Wort über das „elendeste aller Wahlsysteme“ ist seit Jahrzehnten viel zitiert worden. Weniger bekannt ist ein anderer Ausspruch des ersten Reichskanzlers, der kaum weniger Beachtung verdient. Es war im Reichstag bei der Beratung des Sozialistengesetzes, am 17. September 1879. In einer Polemik gegen Bebel und Eugen Richter machte er Mitteilungen über seinen Verkehr mit Lassalle und über das Zustandekommen des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den Reichstag. Dann zog er Vergleiche zwischen dem Reichstagswahlrecht und dem für den preussischen Landtag geltenden und sagte u. a. wörtlich:

„Meine Herren, ich will da kein Konfuzium ziehen, ich will weder dem Landtag etwas Unangenehmes, noch dem Reichstag eine Schmeichelei sagen, aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der Auswüchse, die wir ihm verdanken. Die Nachweise, warum überlasse ich jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht ad absurdum geführt wäre durch seine Ergebnisse, und daß ein anderes, namentlich ein besseres, sein Examen bereits bestanden hätte.“

Demgegenüber vergleiche man die noch heute schwankende Haltung der Nationalliberalen zur Wahlrechtsreform in Preußen. Der nationalliberale Fraktionsredner Dr. Rohmann erklärte im Abgeordnetenhause nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Stenogramm:

„Meine Herren, wenn Sie jetzt von mir zu erfahren wünschen und erwarten, welche Stellung meine Fraktion zu den Vorlagen einnehmen wird, so kann ich Ihnen das noch nicht sagen (Hört, hört! b. d. Soz.) und wenn ich es Ihnen sagen könnte, so würde ich es wohl nicht tun wollen, . . . Der Strom für das gleiche Wahlrecht brandet ja bis unmitttelbar an die deutsch-konservative Fraktion, wir haben sogar früher geglaubt, annehmen zu können, daß er bis in die deutsch-konservative Fraktion hineinschlagen würde; aber selbst wenn das nicht der Fall ist, in der freikonservativen Fraktion wird dieser Wellenschlag seine Wirkung äußern. Er hat seine Wirkung auch bei uns gehabt. Vor dem Krieg war in unserer Fraktion niemand, der sich zu dem gleichen Wahlrecht bekannte, aber unter Wirkung des Krie-

ges ist ein Teil meiner Fraktionsfreunde für diesen Gedanken gewonnen worden: sie stehen dem Gedanken der Vorlage freundlich gegenüber. (Zurufe.) Aber auch diese — hören Sie mich doch ruhig an, es ist doch vollständig klar, was ich sage; was Sie festlich dabei denken, ist Ihre Sache — (Seufzer) aber auch diese meine Freunde, die ich soeben bezeichnet habe, wünschen Sicherungen dagegen, daß nicht die gebildeten und besthenden Klassen, die Träger unserer Kulturtraditionen (Meinete) von den Massen einfach unterdrückt werden. (Hört, hört!) Worin diese Sicherungen zu bestehen haben würden, wollen wir später, in den Arbeiten der Kommission, erörtern. Die große Mehrzahl meiner Fraktion hat sehr schwere Bedenken gegen die Vorlage, (Hört, hört!) über die wir auch in der Kommission reden werden.“

Eine Mißtrauenskundgebung gegen die sächsische Regierung.

Am Donnerstag stand in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags u. a. auch der Justizetat zur Beratung, wobei auch das Gehalt des Justizministers zu bemitteln war. Zum ersten Male hatten die sozialdemokratischen Vertreter in diesem Landtag dabei Gelegenheit, zu einem Mißtrauergesetz Stellung zu nehmen. Seither sind sie auch von unsern Genossen immer bewilligt worden. Nachdem die sächsische Regierung aber in einer geradezu volksfeindlichen Weise gegen jede Wahlrechtsreform Stellung genommen, dadurch dem sächsischen Volke die politische Gleichberechtigung auch in der letzten Zeit der schwersten Kriegszeit versagt, außerdem aber auch noch gemeinsam mit den Altsachsen gegen den Verständigungsfrieden demonstriert hat, beschloßen die sozialdemokratischen Vertreter, diese Regierung aufs schärfste zu bekämpfen, wann und wo sich dazu nur Gelegenheit bietet, insbesondere auch die Gehälter der reaktionären Minister abzulehnen. Die erste Gelegenheit, die Beratung des Justizetats, benutzten sie, ihr verstärktes Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen. Nachdem der Gen. Heide die sächsische Justiz in verschiedenen Punkten kritisiert hatte, erklärte er, daß die sozialdemokratische Fraktion trotz dieser Mängel dem Justizetat voll zustimmen würde, wenn nicht das Gehalt eines Ministers dabei sei, der gemeinsam mit den übrigen dem Volke ein gerechtes Wahlrecht und die politische Gleichberechtigung verweigern wolle. Um diesem empörenden Verhalten ihre Mißbilligung auszusprechen, würden die sozialdemokratischen Vertreter das Gehalt des Justizministers ablehnen. Diese Kennzeichnung ihres volksfeindlichen Verhaltens war der Regierung, besonders auch dem Justizminister Dr. Nagel sichtlich unangenehm. Es nützte ihnen aber nichts, geschlossen stimmten die Sozialdemokraten dagegen.

Von seiner reaktionären Gesinnung legte der Justizminister übrigens nach dadurch besonderes Zeugnis ab, daß er der sozialdemokratischen Forderung, auch Frauen zu den Schöffen und Geschworenen mit heranzuziehen, den veralteten Grundsatz entgegenstellte: Die Frau hat in der Rechtssprechung zu schweigen. Gleichfalls sprach er sich entschieden für die Beibehaltung der Todesstrafe aus.

Ernährungsfragen.

Händlerlogik.

Während ein Teil der Kaufleute mit den Verbrauchern darin übereinstimmt, daß mit allen Mitteln gegen den Wucher vorgegangen werden muß, gefällt sich ein anderer Teil darin, jeder, der eine Anzeige wegen Kriegswucher erstattet, als Denunzianten hinzustellen und verächtlich zu machen. Wie sehr die Meinungen dieser beiden Gruppen über den Begriff Wucher auseinandergehen, kann man aus der Beschwerde eines Händlers ersehen: Eine Seifenfabrik fragt telegraphisch nach dem Preise für Kammelförner und erhält die Angabe 13 Mark je Kilogramm. Die Fabrik erstattet Strafanzeige beim Kriegswucheramt, weil die Forderung des zehnfachen des Friedenspreises keine Berechtigung habe. Der entzifferte Kaufmann bezeichnet diese

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

26. Fortsetzung.

Zehntes Kapitel.

Richard von Sudarbe.

Die schwarzhaarige Nonnenstin hatte sich durch einen sehr langen Schlummer für die Mühseligkeiten ihrer Reise entschädigt. Es war vielleicht zehn Uhr, als sie am andern Morgen, in ihrem Zimmer in den „Drei Reichskronen“ vor dem Spiegel saß, damit beschäftigt war, durch alle Künste der Toilette ihrer, wie gesagt, nicht mehr ganz blühenden Schönheit die möglichste Frische der Jugendlichkeit zu geben, um ihrem Gatten einen blendenden Eindruck zu machen, wenn sie vor ihm erscheine. Ihren kleinen Hübschen hatte sie ebenfalls möglichst herausgeputzt, mit eigenen hohen Händen gewaschen, gekämmt und gestriegelt — einen dienbaren Geist, eine Kammerjungfer auf der weiten Reise mit sich zu führen, darauf hatte die kleine Gräfin ihrer finanziellen Umstände wegen ja leider verzichten müssen. So sah der kleine Bürsche denn mit den Füßen vor Ungebuld zappelnd auf dem Sofa und verlangte ungehört, daß der Weg zu dem Papa antreten werde, während ihn die Gräfin mit der Erzählung aller der schönen Dinge zu beschäftigen suchte, welche er von seinem Papa jetzt unzehelbar geschenkt erhalten werde, namentlich ein kleines Pferd, nach welchem der Huzar verlangte, und einen allerliebsten kleinen Reitknecht in blauer Livree dazu. Sie war endlich im Begriff, sich zu erheben und die Klingel zu ziehen, um sich einen Lohndienenden heraufsenden zu lassen, der sie zu der Wohnung ihres Mannes führen sollte, als plötzlich rasch an ihre Tür geklopft wurde und im nächsten Augenblick, bevor noch von ihr herein! geufen worden, ihr Reisegefährte von gestern hereintrat.

Sein Wesen und seine Züge verrieten eine Aufregung, welche in schroffem Kontrast zu der fallblütigen Zurückhaltung stand, die er am gestrigen Tage gezeigt hatte.

„Ah, Monsieur,“ rief ihm die kleine Gräfin entgegen, „Sie sehen aus, als ob Sie mit einer Reiztheit bringen wollten!“

„Madame,“ verzog er sich so ohne Zeremonien bei Ihnen eindringend,“ verlegte der Fremde. „Ihr Mann ist der Graf von Epaville.“

„Mein Mann heißt Antoine d'Anglure, Graf von Epaville!“ antwortete die Dame. „Was ist, was haben Sie?“

Der Fremde beugte sich augenblicklich in einer tiefen Gemütsbewegung; sein dunkler, trauriger Blick haftete auf dem Antlitz der kleinen Frau, und während er soeben noch doll Gerede getrieben hatte, schloß er jetzt nach Worten zu suchen, um fortzufahren.

„Was kommen Sie mir anzuhängen?“ rief die Gräfin beunruhigt und erschrocken durch dies Benehmen aus.

„Statt auf diese Frage zu antworten, fuhr der Fremde fort: Sie wollen zu ihm — Sie haben zu ihm geschickt?“

„Ich will eben zu ihm, ich habe nicht geschickt, weil ich ihn überraschen wollte.“

„O, bleiben Sie, bleiben Sie,“ rief der Fremde aus, „sehen Sie sich wieder, ich habe Ihnen eine Mitteilung zu machen, die . . .“

„Um des Himmels willen — wie erschrecken Sie mich! Was ist mit meinem Namen?“

„Es ist ein unglückliches Ereignis eingetreten . . .“

„Ein Unglück ist ihm zugestoßen?“

„Ja — ein Unglück — machen Sie sich auf eine traurige Nachricht gefaßt . . .“

„Über mein Gott, wie können Sie mich so auf die Folter spannen — sprechen Sie doch, reden Sie . . . ist er krank, verwundet — ist er tot?“ schrie die entsetzte kleine Frau.

„Madame, werden Sie Ihre Fassung behaupten, wenn ich Ihnen sage, daß Sie ihn nicht wiedersehen werden?“

„Er ist tot?“

„Tot — aber um Himmels willen, so plötzlich — in seinen besten Jahren . . . o, mein Gott, mein armes Kind, das ist ja entsetzlich!“

Die kleine Frau sprang auf und drückte, laut schluchzend, ihren Knaben an ihr Herz, der nun, den Jammer der Mutter sehend, auch zu weinen begann.

Der Fremde ließ schweigend diesen ersten Ausdruck des Schmerzes vorübergehen. Als er zu bemerken glaubte, daß die Gräfin, schneller als er es erwartete, ihre Fassung wieder gewonnen, sagte er ihr alles, was er soeben vernommen. Er hatte am Morgen einen Jugendfreund in der Stadt, einen Rechtsgelehrten, mit dem er keine Verhältnisse besprechen wollte, besüß und aus dessen Munde gehört, daß der Graf von Epaville, auf der Rheider Burg, welche der Großherzog ihm geschenkt, am gestrigen Morgen ermordet in seinem Bette gefunden wurde.

Die Nachricht, daß ihr Gatte ermordet, auf gewaltsame Weise ums Leben gekommen sei, konnte nur dazu dienen, den Schmerz und den Schrecken der armen, so plötzlich verstorbenen und jetzt ganz verlassenen Frau zu erhöhen. Auch brach sie in der Tat in neuen Jammern und Wehklagen aus. Der Fremde suchte nach einer Weile ihren Schmerz dadurch zu lindern, daß er ihre Gedankens zu den Schritten hinüberleitete, welche sie unter diesen Umständen in ihrem und des Knaben Interesse zu tun habe. Er teilte ihr mit, daß sein Jugendfreund ein Rechtskundiger sei, daß er, wenn sie es wünsche, denselben zu ihr senden wolle, damit sie mit ihm sich berate, daß er selbst immer mit allem, was er für sie tun konnte, ihr zu Diensten stehe.

Die Gräfin bezwang denn auch bald ihren Schmerz insofern, um diesen Worten ihre Aufmerksamkeit schenken zu können. Der Fremde gelang es nach kurzer Zeit, daß sie überhaupt sich schwermütig unter jene Kategorie untröstlicher Witwen einreihen werde, die bis an ihr Lebensende in Schwarz gehen und beharrlich bei

dem Entschlusse bleiben, den Rest ihrer Tage als eine Zeit un- verjährbarer Trauer zu betrachten. Sie erwiderte ihm auf seine Anerbietungen, daß sie zunächst bei dem Großherzog um eine Audienz bitten, daß sie seinen Schutz anflehen und daß sie dann nach dem Orte sich begeben werde, wo ihr unglücklicher Gemahl so schrecklich geendet habe. Der Fremde, welcher nun den Pflichten genügt zu haben glaubte, die ihm die Menschlichkeit gegen seine verlassene und alleinstehende Reisegefährtin auferlegt, nahm endlich Abschied von ihr.

„Und Sie,“ sagte die unglückliche Frau, „wann sehe ich Sie wieder? Sie werden mich nicht verlassen in der fremden Stadt, wo ich keinen Menschen kenne, wo ich ganz allein dasteh, niedergeschmeitert von solch einem entsetzlichen Unglück!“

„Ich würde nicht daran denken, Sie zu verlassen,“ sagte er, „wenn nicht der Tod Ihres Mannes in eigentümlicher Weise meine eigenen Angelegenheiten berührte. Ich kann Ihnen das jetzt nicht näher erklären — aber ich bin veranlaßt, mich ebenfalls auf dem Schauplatz des Verbrechens zu begeben. Vielleicht sehen wir uns dort!“

„Nun, so gehen Sie,“ sagte die Gräfin weinend, „kann Sie dort alles, was in meinem Interesse ist und was dazu dienen kann, dem Verbrecher auf die Spur zu kommen, der diese entsetzliche Tat begangen hat!“

Dabei reichte sie ihm die Hand und flügte hinzu: „Ich muß dem Himmel danken, daß ich in Ihnen einen Freund in dieser schrecklichen Lage gefunden habe. Ohne Sie wäre ich jetzt ganz ratlos und verlassen. Wollen Sie mir nicht sagen, wie ich Sie nennen muß? Noch weiß ich nicht, wie der einzige Beschützer, den ich in diesem Augenblicke habe, sich nennt!“

„Ich bin gern bereit,“ verlegte der Fremde, „Ihren meinen Namen zu sagen. Ich heiße Richard von Sudarbe. Aber ich habe Gründe, zu wünschen, daß meine Anwesenheit fürs erste unbekannt bleibe.“

„Ihr Name soll nicht über meine Lippen kommen,“ verlegte die Gräfin und dabei reichte sie ihm zum zweitenmal die Hand zum Abschied.

Richard von Sudarbe — den unsere Dezer längst in dem Reisegefährten der hübschen Gräfin vermutet haben — eilte, nachdem er die Pflicht der Nachsicht erfuhr, welche er zu haben glaubte, erfüllt, auf sein Zimmer im Gasthofe; von hier ließ er kein Gedächtnis durch einen dienbaren Geist zu dem Jugendfreunde bringen, von dem er der Gräfin von Epaville gesprochen, und darnach schritt er durch die Straßen der Stadt nach dem Ganges dem Tore zu, das nach den Grafenbergen hinausführt; es war der Weg, der nach der Rheider Burg führte. Richard bedurfte keines Führers, um die kürzesten Fußpfade durch die Gehölze zu finden, welche die genannten Höhen bedeckten. Er ging so rasch, daß bald die Schwachen an seine Stirn traten; wie auf unerwarteten Sohlen eilte er bergauf, bergab, ohne einen Augenblick zu rasten oder seine Schritte langsamer zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Begründung als „so lächerlich, daß sie nur einen Heiterkeitserfolg auslösen könnte, wenn nicht höchst solide und achtbare Firmen durch herabgesetzte Preise mehr und mehr belästigt würden.“ Als ob nicht jedes Kind wüßte, daß allgemein heute Kriegspreise gelten, die besonders für Nahrungsmittel das Zeichnen der Friedensnotierungen sehr oft übersteigen.“ Das gegen die belagerte Firma eingeleitete Strafverfahren ist dann eingestellt worden, weil nachgewiesen worden konnte, daß sie nur mit dem zulässigen nötigen Nutzen verkauft habe. Der Vorwurf des Mißbrauches mußte dann also gegen eine andere Stelle gerichtet werden. Es ist aber sehr die Frage, ob der solide und achtbare Kaufmann der freigelegenen Firma sehr dankbar sein kann für die Offenherzigkeit, mit der die Forderung des Zeichnen des Friedenspreises als eine Selbstverständlichkeit hingestellt wird.

Von den Kriegsschauplätzen. England.

Der Völkerbund.

Wie der Londoner Korrespondent des „Handelsblatt“ mitteilt, fand im Nationalclub in London eine Versammlung statt, in der Lord Buckmaster, Subminister im Ministerium des Innern, und der Unionist Lord Carmichael sich über den Völkerbund ausließen. Lord Buckmaster sagte: Alles muß getan werden, um einen Völkerbund zustande zu bringen. Er müsse der Hauptpunkt der Friedensbedingungen sein. Die europäische Diplomatie hätte im geheimen gearbeitet, und deshalb sei schon seit langem eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigung geschaffen worden, die zum Kriege geführt hätte. Der Völkerbund müsse dieser Verdächtigung ein Ende machen. Wären alle diplomatischen Verhandlungen bisher in der Öffentlichkeit geführt worden, dann wäre nach der Ansicht Lord Buckmasters dieser Krieg niemals ausgebrochen. Keine Nation, auch Deutschland nicht, dürfe aus diesem Völkerbund ausgeschlossen werden. Auf dem Zwischenschritt eines Anwerdens, der von einem Selbstverständlichen nichts wissen wolle, erwiderte Lord Buckmaster: Sollte Amerika je einem solchen Völkerbund ohne Preisgabe seiner Prinzipien beitreten können? Und überhaupt, würde nicht Deutschland, wo die Geburtsstatistik beweist, daß es sich innerhalb 20 Jahren in seiner Manneskraft mehr wiederhergestellt haben wird, als dieses in den anderen kriegführenden Nationen der Fall sein kann, sich dann nicht von neuem widerlegen? Meint ihr, daß ihr deutsche Erziehung, deutsche Willenshaft, deutsche Anspornung je vernichtet kommt? Er warnte dann vor einem ökonomischen Kriege mit Deutschland. Der Krieg habe gezeigt, daß nach dem Kriege vor allem der Freihandel notwendig sei. Die Zeitungen meinen, daß der Friede nicht zu früh kommen dürfe, aber ich behaupte, daß der Friede, welcher die Kriegsziele sichert, wofür wir kämpfen, nicht zu früh kommen kann. Wir können noch schwerere Opfer auf finanziellen Gehalt bringen. Was belagt dieses aber alles eigentlich? Ich sage, die Dilettanten unter euch sind verächtlich. Ich sehe die Frauen alles, was sie lieb haben, verlieren, und ich protestiere gegen die Theorie, daß ein baldiger Frieden verzweifelt werden müsse. Ich behaupte, daß ein Frieden, welcher zur Verwirklichung unserer Kriegsziele führt, nicht zu früh kommen kann.

Nach ihm sprach Lord Carmichael, welcher sagte, daß er mit jedem Worte, das Lord Buckmaster gesprochen habe, einverstanden sei. Es können Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise bestehen, wie das Ziel erreicht werden könne, doch der Völkerbund muß kommen, in dem Geiste, wie Lord Buckmaster von ihm gesprochen habe, und Lord Carmichael verheißte nicht, daß er, welcher vor dem Kriege ein entschiedener Gegner des Freihandels war, nun zu der vollen Hebezeugung gekommen sei, daß die ökonomischen Tragen mit diesem Ziele überlegen werden müßten, und daß die erste Pflicht des Völkerbundes sein müsse, daß das Prinzip des Freihandels bewahrt bleibe. Ist es wirklich notwendig, daß all dieses Gerede bis zum letzten Mann und bis zum letzten Pfennig fortgesetzt werden muß? Ich kann es nicht glauben. Jeder Versuch, den Frieden zurückzuhalten, der unsere Ziele vernichten kann, ist meines Erachtens ein abscheuliches Verbrechen.

Man vergesse mit diesen zersplitterten Worten die Auslassungen Lord Georges.

Der Entscheidungsschritt.

Die „Morning Post“ veröffentlicht folgenden niedrigen Brief des Admirals Beesford:

Wir sind in einer Krise des Krieges angelangt. Die Lage ist voll innerer und äußerer Gefahren für den Staat. Die Zukunft der Welt beruht auf dem Ausgang des künftigen Kampfes

zwischen dem britischen und dem Deutschen Reiche. Welches von beiden länger aushält, wird gewinnen; einer muß unterliegen. In diesem entscheidenden Augenblicke scheint sich eine Welle von Zweifeln und Zerschämtheit über das Land zu verbreiten, die durch Lansdownes Brief verstärkt worden ist. Wir haben uns in vergangenen Tagen in schlimmerer Lage befunden, aber der unerschütterliche Geist unserer Rasse gegenüber scheinbar unüberwindlichen Gefahren hat uns durchgehalten. Auch in diesem Falle wird das Ende daselbe sein, wenn wir einsehen, daß der Sieg unser sein muß, falls das britische Reich bestehen bleiben soll. Der Geist daheim sollte derselbe sein, wie der auf der See und in den Schützengräben. Sonst würden die fürchtbaren Opfer der besten unserer Männer vergeblich gewesen sein.

Henderson über das Kriegsende.

Arthur Henderson sagte in einer Rede in London am 12. Dezember, er sehe keine Anzeichen dafür, daß der Krieg zu Ende komme. Die Mehrheit des Volkes sei der Ansicht, daß, wenn schon der Krieg so lange gedauert habe, er nicht eher enden dürfe, bis England einen Sieg errungen habe, der eine Wiederkehr des Krieges unmöglich mache. Ob dieser Sieg durch militärische, moralische, politische oder diplomatische Mittel erreicht würde, wisse nur die Zeit; aber es wäre fürchtbar, wenn der Krieg infolge eines Mißverständnisses oder mangels freiwilliger Erklärungen um einen Tag verlängert würde. Er begrüße daher die vornehmliche Gesinnung in der trefflichen Rede Asquiths und hoffe, daß die Regierung bei der ersten Gelegenheit erklären werde, inwiefern sie sich damit identifiziere. Die Regierung Großbritanniens und der Alliierten sollten klar erklären, daß ihre Kriegsziele moralischer und nicht materieller Natur seien, und daß sie für ein großes Prinzip und nicht für Respektabilität oder sonstwelche Gebietsverweigerungen kämpften. Für die kommende Friedenskonferenz werde es eine heilige Frage nicht geben, denn die Wiederherstellung Belgiens sei selbstverständlich. Erklärungen des Premierministers über diesen und andere Punkte würden von der Nation mit Erleichterung aufgenommen werden.

Der Seekrieg.

Der U-Boot-Krieg.

W.B. Berlin, 13. Dezember. (Amstsch.) Eines unserer Unterboote verlor die letzten im Atlantischen Ozean und in der Britischen See vier Dampfer und einen Segler mit über 18 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter den Dampfern befand sich ein mindestens 6000 Tonnen großer Dampfer, der allen Anzeichen nach Sprengstoff geladen hatte. Ein anderer großer Dampfer wurde aus stark gesichertem Geleitzug herausgeholt. Dabei hatte das U-Boot unter kräftigster feindlicher Gegenwirkung zu arbeiten. Dank der Geschicklichkeit seines Kommandanten blieben jedoch die zahlreichen Wasserbombenangriffe feindlicher Zerstörer völlig wirkungslos. Der vernichtete Segler war der englische Raub-Schoner „Robert Morris“, mit Kohlen von Cardiff nach Eifflon.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Vorgänge in Portugal.

Ein Erlass legt den Präsidenten der Republik ab. Ein Sonderzug wird den abgelegten Präsidenten Bernardino Machado außer Landes bringen. Die Regierung wird demnächst Berichte über die letzten Feldzüge in den Kolonien veröffentlichen.

Ueber die tatsächlichen Vorgänge in Portugal kann man sich nach den Extente-Nachrichten kein genaues Bild machen. Allem Anschein nach handelt es sich hier um eine „Revolution“ nach dem Muster der kleinen amerikanischen Republiken, d. h. um eine gewalttätige Ueberleitung der Macht von der einen Partei in die Hände der anderen. Die neue Regierung stützt sich in der Hauptsache auf die Partei der Unionisten.

Erste Lage in Mexiko.

Die „Times“ meldet aus Washington unterm 12. Dezember: Die Lage in Mexiko scheint ernstlich zu werden. Es besteht guter Grund zu der Annahme, daß Carranza drei Generale nach Tampico geschickt habe, um die Kontrolle über das Petroleumbereich dem General Samper Baias, der dort befehligt abzugewinnen. Alle Nachrichten stimmen damit überein, daß Carranza Streitkräfte in der Richtung auf Tampico konzentrierte.

Aus der Partei.

Zurechtführende unabhängige Berichterstattung. Im Schluß des Berichtes über Stadtverordnetenbesitzungen schreiben unabhängige Blätter: Mehrere Vertreter der bürgerlichen Fraktionen des Berliner Stadtverordnetenkollegiums haben dem Toben die letzte Ehre erwiesen. Von den Regierungsozialisten war einzig der Stadtverordnete Ewald erschienen. Dieser unmaßgebend und geschäftigen Behauptung gegenüber stellen wir fest, daß zwölf Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion an dem Begräbnis teilgenommen haben und zwar: Fröhlich, Schneider, Ritter, Basner, Heimann, Heshold, Mars, Meßke, Ewald, Wilke, Koblenger und Korf. In.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Antrag zum Crimmitschauer Mebesstreik. Der Crimmitschauer Mebesstreik ist beendet. Nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen, war von den Arbeitern gegen die bestrickte Firma Heinrich Schönfeld beim Gewerbegericht Klage auf Herauszahlung des Betrages, der für die Feiertage (Informationsfest und Aufschlag) bei der Lohnzahlung von der Teuerungszulage abgezogen worden war, eingereicht worden. In Rücksicht auf die gerichtliche Ansetzung des Streikes glauben die Arbeiter auf Zureden von anderer Seite hin die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Das Gewerbegericht hat nach Anhörung des als Zeugen vernommenen Hauptmanns Regel vom Leipziger Kriegsamt durch Urteil den Klageanspruch der Arbeiter als berechtigt anerkannt und die Firma Schönfeld zur Nachzahlung der zu Unrecht abgezogenen Beträge verurteilt. Es bleibt abzumachen, ob die Unternehmer gegen das Urteil Berufung beim Landgericht einlegen. Die Aussage des Hauptmanns Regel, der es ferner nicht für nötig hielt, zu den Verhandlungen mit den Unternehmern auch die Arbeiter hinzuzuziehen, war den Arbeitern außerordentlich unangenehm. Das Gericht folgte aber der Deduktion dieses Zeugen nicht. Die Aussage Regels wurde ausdrücklich nur als persönliche Anschauung bezeichnet. Kennzeichnend für die Crimmitschauer Unternehmung ist die Art der Behandlung der ganzen Angelegenheit nach Aufhebung des Streikes. Zunächst verbot die Unternehmernorganisation mit allen Mitteln, die Arbeiter zur Zurücknahme der eingereichten Klage zu veranlassen. Der Vorsitzende der Organisation redete persönlich im Kontor der verklagten Firma auf die Arbeiter ein, um sie zur Zurücknahme der Klage zu bewegen. Bei 35 Personen hatte die Einrede Erfolg, aber 80 Arbeiterinnen und Arbeiter lehnten das Ansuchen ab. Die Folge war, daß ein Teil dieser 80 aus dem Arbeitsverhältnis entlassen wurde; umgekehrt wurden diejenigen, die den Absichten der Unternehmung willfährig waren, mit Belohnungen bedacht. So erhielten die vier Personen, die am Streik nicht beteiligt waren, je 10 Mark Gratifikation. Auch eine Episode aus der Verhandlung vor dem Gewerbegericht verdient Erwähnung. Als der Gewerbegerichtspräsident die fünf anwesenden Arbeitsausführenden Mitglieder aufmerksam machte, daß es genüge, wenn einer ihrer Vertreter bei den Verhandlungen zugegen sei, und daß die übrigen vier, um nicht zu viel Lohnverlust zu erleiden, wieder zur Arbeit gehen könnten, führte der belagerte Fabrikant durch den Gerichtsbesitz: „Selbstverständlich wird die Zeit von Lohn abgezogen.“ — Interessant für die Arbeiter ist auch die Feststellung des Hauptmanns Regel, daß die Beiträge, welche vom Unternehmertum für die Arbeiter als Teuerungszulage bewilligt wurden, von insgesamt in den Preisen der Produkte erlegt worden sind. Die Crimmitschauer Kriegsgewinnler haben also mit der Lohnzulage an ihren Profitten keine Einbuße erlitten. Es ist verständlich, daß namentlich auch in allen übrigen Betrieben, in welchen die Feiertage von der Teuerungszulage in Abzug gebracht worden sind, die Forderung der Arbeiter auf Nachzahlung erhoben und eventl. durch Gerichtsurteil erwirkt wird.

Aus Nah und Fern.

Drei Menschen durch Gas vergiftet. In Berlin hatten ein Maler und dessen Ehefrau, während sie ins Theater gingen, ihre beiden Kinder, fünf und ein Jahr alt, der Obhut einer 69-jährigen Wärterin anvertraut. Als die Eltern zurückkehrten, fanden sie alle drei entseelt vor. Nebenfalls hat die Wärterin, als sie am Gasloch zu tun hatte, einen Ohnmachtsanfall erlitten und hat beim Fall den Schlauch vom Kocher mit sich gerissen. Das tobringende Gas konnte nun ungehindert ausströmen und brachte so drei Menschen den Tod und den Eltern schweres Herzleid.

Eine schwere Statur ist in der Nacht zum Freitag in Charlottenburg verstorben. Zwei ganz junge, der Lehre entlaufene Burichen schlugen die 75jährige Gattin Mathilde Kaulfers, Geisbergstraße 15, nieder, um sie zu ermorden und zu berauben. Sie wurden jedoch an der Vollendung der Tat gehindert und nachts verhaftet.

Das italienische Volk weiß nicht, wofür es in den Krieg geht. Das Kolossale Bureau meldet: Ein charakteristisches Beispiel dafür, daß das italienische Volk nicht einmal weiß, wofür es in den Krieg geht, gibt der Anfang des Besuchs Nr. 88 des 12. Bataillons, Prebidario, datiert von Spedalotto, ... April 1917 (der Tag ist nicht ausgefüllt). Er lautet: „Für die Herren Offiziere persönlich, an die Herren Kompagnieführer. Beim Besichtigen der einzelnen Kompagnien ist es aufgefallen, daß viele Soldaten nicht genau wissen, aus welchem Grunde unser Vaterland Krieg führt. Ja, einige wußten nicht einmal, gegen wen sie kämpfen sollten und wer unsere Feinde sind.“

In der konservativen „Neuen Preussischen (Kriegs-) Zeitung“ schreibt ein Herr Ulrich Kahrstedt (in dem Wunsch, die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht zu verhöhnen): „Ich habe als Soldat ... in monatelangem geübtem Taufen geforscht und überall, bei Rheinländern, Schlesiern und Bayern das Ergebnis gemonnen, daß etwa 8 bis 10 nicht wußten, wie der deutsche Kaiser heißt, daß im Frühjahr und Früh Sommer 1915 noch etwa 5 v. H. nicht wußten, mit welchen Staaten wir eigentlich im Kriege sind — von Japans Stellung wußten etwa 30 v. H. nichts — ich habe in fast jeder Korporation einen entdeckt, der glaubte, gegen Napoleon im Felde zu stehen. Etwa 60 v. H. wußten nicht, wie der Chef des Großen Generalstabes damals hieß, etwa 40 v. H. ahnten nicht, ob die Karpaten auf dem westlichen oder östlichen Schauplatz liegen“ usw.

Ein Tsunami in Japan. Im „Welt Marcellais“ berichtet der am 14. Dezember eingetroffene Japaner Advertiser über das Tsunamiunglück folgende Einzelheiten: Die Zahl der Toten ist ungeheuer. Der Sachschaden übersteigt 250 Millionen Franken. In der Präfektur von Tokio allein zählte man über 500 Tote. 3000 Häuser sind zerstört, 150 000 Häuser überflutet und 200 000 Personen vollkommen obdachlos. Mehrere Dörfer in der Umgebung von Tokio sind vollkommen zerstört. In Siama fand man 3000 Tote. Eine kleine Insel bei Urugafu ist verschwunden und ihre Bewohner sind umgekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co.,
Sämtlich in Lübeck.



Druckmaschinen jeder Art für Stein- und Papierwerke und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeckischen Anzeigers“, Sobornstraße 44.